

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Deckseite oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 154.

Donnerstag, den 4. Juli 1918.

25. Jahrg.

Die Nöte der Sowjets.

Aus Rußland kommen widerspruchsvolle Nachrichten. Bald heißt es, die Herrschaft der Bolschewiki werde binnen kurzem zusammenbrechen, bald wird wieder versichert, daß die Truppen der Sowjets alle ihre Gegner sieghaft zurückdrängen. Es ist unmöglich, aus dem Gewirr sensationeller Meldungen den wahren Kern herauszufinden. Gewiß ist nur, daß sich Rußland in einem Zustand der Krise befindet; daß sich die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte in schwerem Kampfe gegen mächtige Feinde verteidigen muß.

Es sind jetzt beinahe schon acht Monate vergangen, seitdem die Bolschewiki die Macht erobert haben. Seitdem hat Rußland eine beispiellose soziale Umwälzung und zugleich eine nicht minder ungeheure nationale Revolution erlebt. Man muß sich die Wirkungen dieses gewaltigen Umschwungs vergegenwärtigen, um die Ursachen und die Bedeutung der schweren Krise, die den russischen Volkskörper erschüttert, zu begreifen.

Die erste Tat der Bolschewiki war die Enteignung des Großgrundbesitzes. Sie ist im ganzen russischen Gebiet längst vollzogen. Aber der Versuch der Bolschewiki, auf den Trümmern des Großgrundbesitzes den Agrarökonomismus, das Gemeineigentum am Grund und Boden aufzurichten, ist nicht gelungen. Die Bolschewiki haben angeordnet, daß der Boden, der bisher dem Adel, den Kapitalisten und der Kirche gehört hatte, an die vom ganzen Landvolk gewählten Agrarkomitees übergehen solle, die ihn den einzelnen Familien nur zur Nutzung, nicht als Eigentum zuteilen, und zwar in gleichen Losen zuteilen sollten. Das war das alte Programm der Sozialisten-Revolutionäre; die Sozialdemokraten hatten es früher stets undurchführbar, oft auch seine Durchführung als eine Gefahr für den technischen Fortschritt der Landwirtschaft bekämpft. Aber im Verlauf der Revolution haben die Bolschewiki, von der älteren Lehre der Sozialdemokratie abweichend, das Agrarprogramm der Sozialisten-Revolutionäre im wesentlichen übernommen und nach der Eroberung der Macht seine Durchführung dekretiert. Aber das Dekret blieb auf dem Papier. In Wirklichkeit haben die Bauern die Enteignung des Großgrundbesitzes zum Teil wild und regellos durchgeführt, ohne sich um das Dekret zu kümmern. Sie haben den Boden untereinander aufgeteilt, wie in Frankreich 1793 ist auch in Rußland 1917 an die Stelle des Großgrundbesitzes nicht das Volkseigentum am Boden getreten, sondern das Privateigentum der einzelnen Bauern. Dabei geschah die Aufteilung des Bodens oft sehr ungleich; so wurde das Weideland auf die einzelnen Bauernfamilien oft nicht nach der Kopfzahl, sondern nach dem Viehstand aufgeteilt, so daß die reicheren Bauern größere Anteile erhielten, und nicht selten verstanden es die Bauern, die Häusler von der Verteilung auszuschließen. Trotzdem die Feldgemeinschaft in Rußland eine überlieferte, den Bauern vertraute Einrichtung ist, war auch dort der Eigentumsinstinkt, der Besitzgeizismus des Bauern stärker als die sozialistischen Tendenzen in der Bauernschaft. Die alte Prognose der marxistischen Sozialdemokratie hat recht behalten gegen die Hoffnungen, die die Sozialisten-Revolutionäre auf die kommunistischen Ueberlieferungen der russischen Bauernschaft gesetzt haben. „Wir haben die Bourgeoisie in den Städten besetzt, aber in den Dörfern erhebt jetzt eine neue Bourgeoisie ihr Haupt,“ sagte Lenin in einer seiner letzten Reden.

In der Tat hat sich mit den Grundeigentumsverhältnissen auch die Denkweise der russischen Bauern geändert. Die Bauern waren revolutionär, solange es galt, den Boden der Grundherren zu erobern. Sie würden sich auch heute noch gegen eine monarchistische Reaktion wehren, die ihnen den ererbten Boden wieder entziehen wollte. Aber sie stehen doch schon in unerkennbarem Klassengegensatz gegen die industrielle Arbeitererschaft. Sie wünschen, daß die „Ordnung“ im Lande wieder hergestellt werde, damit ihr neuer Besitz gesichert sei. Und sie haben keine Lust, den hungernden Städten ihr Getreide zu schenken, es gegen den entwerteten Papierrubel einzutauschen; die Roten Garden, die bei den Bauern Lebensmittel requirieren, stoßen in den Dörfern nicht selten auf bewaffneten Widerstand. In dieser Stimmung eines großen Teiles der Bauernschaft liegt unzweifelhaft die größte Gefahr für die russische Proletarierrepublik. Rußland erfährt jetzt, was Frankreich nach 1793, ganz Mitteleuropa nach 1848 erfahren hat: sobald der Bauer seine Forderungen durchgesetzt, seinen Besitz gesichert hat, wird er konservativ und wird zur Stütze der Gewalten, die seine städtischen Verbündeten von gestern niederkämpfen streben. Nachdem sich die französischen Bauern 1793 des Herrenlandes bemächtigt hatten, erhoben sie den General Bonaparte zur Macht, damit er die „Ordnung“ wiederherstelle, ihr junges Eigentum schütze; heute ist wahrhaftig ein großer Teil der russischen Bauernschaft schon bereit, irgendeinen Michael oder Nikolaj Nikolajewitsch, Mersjew oder Kerenski zur Macht zu erheben, um die Proletarier, deren Revolution den Bauern das Herrenland gegeben hat, niederkzuwerfen.

Nicht minder groß und folgenreicher sind die sozialen Umwälzungen, die sich in der Industrie vollzogen haben. Die Regierung der Sowjets hat nichts Geringeres unternommen, als die Enteignung der Kapitals-

listen. Einige Industriezweige wurden verstaatlicht, andere Fabriken in die Verwaltung der lokalen Sowjets übernommen. Wo die privaten Unternehmer blieben, wurden Arbeiterkomitees gewählt, die die Verwaltung der Betriebe kontrollieren. Die Durchführung dieser Maßregeln war und ist unendlich schwer. Es fehlte an verwaltungsfähigen Kräften, da sich Direktoren und Werkmeister, Ingenieure und Chemiker weigerten, in die Dienste der Sowjets zu treten. Die Arbeiter selbst verstanden die Notwendigkeiten der neuen Organisation oft nicht und gefährdeten sie aus Unwissenheit und Trägheit; sie verweigerten nicht selten technisch notwendigen Anordnungen des Gehorsam, und die Intensität ihrer Arbeit sank. Ueberdies fehlte es infolge der Absperzung vom Süden an Kohlen und Rohstoffen. Aber allmählich, Schritt für Schritt werden diese Schwierigkeiten doch überwunden. Die Ingenieure und Chemiker stellen sich den Sowjets zur Verfügung, die Arbeiter sehen ein, daß Disziplin im Betrieb und Fleiß bei der Arbeit unentbehrlich sind, in einem Betrieb nach dem anderen wird die Ordnung wieder hergestellt. Aber dieser Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise kann sich selbstverständlich nur langsam, nur schrittweise, nur unter großen Schwierigkeiten und schmerzhaften Reibungen vollziehen. Es ist selbstverständlich, daß auch er der Regierung der Sowjets viele Feinde erzeugt. Die enteigneten Kapitalisten und diejenigen, die ihre Enteignung in Zukunft fürchten; die Industriellen, die Bankleute, die Händler bis tief in das Kleinbürgertum hinab; die Direktoren und Betriebsbeamten, die sich an die neue proletarische Ordnung nicht gewöhnen können, sie alle erwarten mit Sehnsucht die Gegenrevolution, während andererseits manche unwissende Arbeiter, die die Notwendigkeit der neuen proletarischen Arbeitsdisziplin nicht begreifen, zu den Anarchisten übergehen und so die Schwierigkeiten noch vergrößern.

Und zu allen diesen Gefahren, die in der sozialen Revolution begründet sind, gesellen sich nun noch die Wirkungen der nationalen Katastrophe, die Rußland betroffen hat. Finnland, die baltischen Provinzen, Litauen, Polen, die Ukraine, Bessarabien sind von den Truppen der Mittelmächte besetzt. Der Kaukasus ist abgefallen; dort bildet sich unter tätiger Mitwirkung der alten Führer der Menschewiki, der Tschcheidts, Zeretelli, Säftschenkeli und Gegetschkori, eine georgische Republik, neben ihr entstehen ein tatarisches und ein armenisches Gemeinwesen. Im transkaukasischen Gebiet stehen die Türken. Die Donkosaken, um die Privilegien zitternd, die die Gnade des Zaren ihnen verliehen, sind, mit den tschekischen Brigaden und der Ukraine verbündet, in offenem Aufruhr. Das alte große russische Reich ist zerstückelt, das nationale Selbstgefühl der Großrussen empfindlich verletzt, eine nationalistische Stimmung greift von der Intelligenz und der Bourgeoisie aus auch auf das Kleinbürgertum und die Bauernschaft über. Das wirkt gegen die Bolschewiki. Ihr Sturz würde, so meint man, die Angliederung der verlorenen „Fremdvölker“ erleichtern. So würde sich zum Beispiel der Kaukasus, der sich von dem Rußland der Bolschewiki getrennt hat, einer föderativen Republik, die von Menschewiki und Sozialisten-Revolutionären beherrscht würde, sicherlich anschließen; so würde eine Kadettenregierung in Rußland auf die gegenwärtige Regierung der Ukraine starke Anziehungskraft üben. Kadetten, Sozialisten-Revolutionäre und auch ein Teil der Menschewiki wünschen die Erneuerung des Krieges gegen Deutschland im Bunde mit der Entente, um die verlorenen Randgebiete wiederzugewinnen; die Monarchisten wieder glauben, daß Deutschland einem monarchischen Rußland gern Zugeständnisse machen würde, die es dem Rußland der Sowjets verweigert. Alle aber beschuldigen die Bolschewiki, daß sie Rußland entwaffnet, es dem fremden Eroberer preisgegeben, es zerstückelt hatten; das schmer verletzte nationale Selbstgefühl des russischen Volkes streitet gegen die Sowjets.

Und zu alledem kommt noch endlich die jurchbare Gefahr einer Einmischung von außen her. Die Entente spielt mit dem Gedanken, japanische Truppen einmarschieren zu lassen, um ihre Parteigänger in die Macht zu setzen und den Krieg im Osten von neuem zu eröffnen, möglichst große deutsche Kräfte im Osten zu binden. Auf der anderen Seite aber stehen deutsche Truppen, denen Rußland keine ebenbürtige Armee entgegenzustellen vermag.

In allen diesen ungeheuren Gefahren haben die Bolschewiki nur eine sichere Stütze: das industrielle Proletariat. Bei den Neuwahlen der Arbeiterräte hat sich dies deutlich gezeigt: im größten Arbeiterviertel Petersburgs, in Wiborg wurden neben 200 Bolschewiki nur ein Duzend Sozialisten-Revolutionäre und ein einziger Menschewiki gewählt. Ähnlich soll es auch an anderen Orten sein. Die Mehrheit des russischen Proletariats ist trotz der Lebensmittelmangel, trotz der Arbeitslosigkeit, trotz der nationalen Niederlage den Bolschewiki treu geblieben. Ob aber die Kraft des russischen Proletariats zureichen wird, sich dieser Welt von Feinden zu wehren, wird die nahe Zukunft lehren.

Innere und äußere Fragen vor dem Reichstag.

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt den Etat ab.

Der Reichstag begann gestern die dritte Lesung des Etats. Genosse Scheidemann begründete die ablehnende Stellung der sozialdemokratischen Partei, sie kann den Etat nicht einer Regierung bewilligen, die nach vier Jahren Krieg noch nicht über den Belagerungszustand hinwegkommen kann, sondern sich vor den militärischen Gewalttaten beugt. Er gab dem Empfinden der weitesten Volksmassen Ausdruck mit dem Rufe: „Schluß, natürlich Schluß in Ehren, ohne Beeinträchtigung der Interessen Deutschlands, aber Schluß“. Das bedeutet einen Frieden ohne Eroberungen, einen ehrenvollen Frieden auf dem Wege der Verständigung. Das Verdienst der Kühmannschen Rede, die die Alldeutschen so erregt hat, war das Aussprechen der Wahrheit, daß die militärischen Machtmittel allein den Frieden nicht herbeiführen können und daß deshalb ein Frieden der Verständigung angestrebt werden muß. Leider hat der Staatssekretär auf das Verlangen der Obersten Heeresleitung hin in seiner zweiten Rede zwar ausdrücklich von seinen Worten nichts zurückgenommen, aber ihr doch ihre eigentliche Bedeutung genommen.

Der Vizekanzler v. Sayer versuchte den Ausführungen Scheidemanns gegenüber die Stellung der Regierung zu rechtfertigen, die keineswegs vor der Obersten Heeresleitung kapituliere, aber in dankbarer Anerkennung der Leistungen der Heeresleitung mit ihr einträchtig zusammenzuarbeiten bestrebt sein muß. Das wichtigste an den Ausführungen des Vizekanzlers war das aufrichtige und klare Bekenntnis zum Verständigungsfrieden anstelle eines Gewalt- oder Eroberungsfriedens, das natürlich den Unwillen des Grafen Westarp und des Nationalliberalen Thoma hervorrief.

Nach der Bewilligung des Etats des Reichskanzlers wurde beim Etat des Auswärtigen Amtes auch der Bukarester Friedensvertrag verhandelt. Hierbei brachte der Abg. Thoma die scheinliche Behandlung unserer Gefangenen in Rumänien zur Sprache. Oberst Franke gab zwar Orenel, die jeder Beschreibung spotten, zu, meinte aber doch, sie würden in unserer Presse übertrieben. Ministerialdirektor Krieger erklärte, daß im Friedensvertrag sowohl für ausreichende Entschädigung der Gefangenen und ihrer Hinterbliebenen wie für Befreiung der an den Oreneln Schuldigen gesorgt sei.

Um halb neun Uhr verlegte das längst beschlußunfähig gewordene Haus die Weiterberatung auf Donnerstag.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

WTW, Berlin, 3. Juli, abends (Amtlich.)

Vertliche Teilkämpfe nördlich der Wisne.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 3. Juli. (Amtlich.)

Gestern am frühen Morgen setzte an der ganzen Piaves-Front von Susegana abwärts heftiges italienisches Geschützfeuer ein, das sich nördlich von San Dona in mehreren Abschnitten bis zum Trommelfeuer steigerte. Einige Stunden später ging im Piave-Mündungsgebiet die feindliche Infanterie zum Angriff über. In erbitterten, den ganzen Tag währenden Kämpfen vermachte der Gegner, abgesehen von kleinem Raumgewinn bei Chiesanovoa, nirgends einen Erfolg zu erringen. Auch kein Versuch, am Süßflügel von Novobell unterem Schutze feindlicher Seeferrenkräfte Infanterie an Land zu werfen, scheiterte in unserem Feuer. Ein italienischer Uebergangversuch bei Sompom wurde vereitelt.

An der venezianischen Gebirgsfront war die Kampfthätigkeit gleichfalls reg. Westlich des Apolone wurde ein starker Angriff durch das bewährte niederösterreichische Infanterie-Regiment Nr. 49 im Gegenstoß aufgefangen. Auch nördlich des Col del Rosso und bei Alago wichen wir italienische Verbände ab.

An der Tiroler Westfront stärkere Artilleriekämpfe. Wie nachträglich festgestellt wurde, war es Oberleutnant Sarwig, der mit dem Bräutigam Kauer als Pilot den italienischen Jagdflieger Major Barcca am 9. Juni abgeschossen hat.

Deutsch-finnisches Handelsabkommen.

Das deutsch-finnische Handels- und Schiffsabkommen ist wesentlich kompensationsabkommen. Man erhofft von ihm eine enge handelspolitische Annäherung der bei-

den Länder. Lebensmittel werden wir von Finnland in nennenswerter Menge nicht bekommen. Das Brot ist in Finnland knapp und teuer, der Fischfang liefert geringe Erträge. Das einzige, was Finnland an Lebensmitteln liefern kann, ist Butter. Dagegen hat Finnland Überfluß an Holz und Holzprodukten, Zellstoff, Papiermasse. Das wichtigste Produkt, das wir von Finnland beziehen, ist Kupfererz. Auch sind Gelegenheitsposten von Del, Fett, Kautschuk von dort zu beziehen.

Auch Deutschland kann nach Finnland an Lebensmitteln wenig liefern, wenn es seinen Vertragskontrahenten auch schon mit Kartoffeln und Brotgetreide ausgeholfen hat. Satz liefern wir nach Finnland in größeren Mengen, ferner kompensieren wir die finnischen Zufuhren durch Lieferungen von Eisen, Eisenfabrikaten, Kohle, Koks, Benzin, Säuren, Chemikalien und Farben. Die Gesamttheit der Ausfuhrgegenstände, die Deutschland nach Finnland gehen läßt, zerfallen in drei Kategorien. Die erste Kategorie umfaßt die sogenannten Sparstoffe, die zweite Kategorie alle die Dinge, die bei uns noch in einem Maße vorhanden sind, daß wir sie ohne Kompensationen abgeben können, und die dritte Kategorie, Gegenstände, die nur als Gegenwert für entsprechende Leistungen durch den anderen Vertragschließenden Teil in Betracht kommen.

Bei der Festlegung der Preise verstand es sich von selbst, daß wir Finnland genau so stellen mußten, wie die übrigen neutralen Länder. Finnland behandelt uns ebenso. Bezahlung wird gewährt in der Währung des Verkaufslandes. Ferner sind Bestimmungen getroffen über den Verbleib der Waren, da wir die Gewähr haben mußten, daß von Finnland aus wertvolle Waren nicht in die feindlichen Länder gingen. Das Abkommen läuft sechs Monate und es geht dann weiter, wenn es nicht von einem der beiden Kontrahenten gekündigt wird. An der finnischen Einfuhr ist zum Teil der freie Handel beteiligt, zum Teil die J.E.G. und andere Kriegsgesellschaften.

Die Siedelung in Kurland

Zu dem von uns erwähnten Hindenburg-Erlaß bemerkt der „Vorwärts“ zutreffend:

„Es scheint uns aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich, die Frage der Siedelung in Kurland so kurzzerhand auf dem Verordnungswege zu erledigen, wie das anstehend geschehen soll. Die baltischen Barone sollen ein Drittel ihres Grundbesitzes gegen Bezahlung hergeben, — der Plan einer unentgeltlichen Vergabe, wie sie diese Kreise selber ursprünglich als Dank für die Einbeziehung Kurlands in die deutsche Reichsherrschaft in Aussicht gestellt haben, ist offenbar als „bolschewistisch“ fallen gelassen worden. Sollen aber die Güter bezahlt werden, so ist es doch das Reich, das zunächst mittelbar oder unmittelbar die Gelder dazu hergibt. Daraus ergibt sich ganz von selber Recht und Pflicht des Reichstages, in dieser Sache mitzureden. Aber auch abgesehen vom rein finanziellen handelt es sich um eine Frage, die für das Geschick von vielen Hunderttausend Reichsangehörigen entscheidend werden kann. Auch deshalb ist eine Ausschaltung des Reichstages bei ihrer Lösung nicht angeht. Schließlich hat die ganze Frage aber noch eine hochpolitische Bedeutung: Es wird hier eine neue Ostmarkenpolitik inaugurieren, die mit der preußisch-polnischen Ostmarkenpolitik gewisse Parallelen aufweist. Wagt zuletzt aus diesem Grunde ist eine scharfe parlamentarische Kontrolle des Unternehmens notwendig.“

Die Verfügung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg legt auch noch einige weitere Fragen nahe: Ist die Bodenpekulation und der agrarische Großkapitalismus nur in Kurland ein Uebel? Warum werden nicht auch innerhalb der deutschen Grenzprovinzen die „gemeinschädlichen Gefahren der Bodenpreissteigerung“ gebannt, anstatt wie bisher durch eine verkehrte Gesetzgebung gesteigert zu werden? Wird auch bezüglich des ostbaltischen Grundbesitzes eine ähnliche Maßregel wie in Kurland geplant? Und warum werden Fideikommiss nur in Kurland angegriffen, während man in Preußen mit immer neuen Schutzbestimmungen ihr entwicklungsfeindliches Wachstum zu stärken sucht?“

Die Dauer des Krieges.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „N. C.“ lobte Marschall Joffre die Leistungen der Amerikaner. Der weitere Verlauf des Krieges werde zu einem großen Teil durch Amerikas Hilfe bestimmt; über die Dauer des Krieges lasse sich nichts Bestimmtes sagen, da noch ein unbekannter Faktor mitzureden. Das sei Rußland. Wenn es Deutschland gelinge, aus Rußland Kräfte und vielleicht sogar Mannschaften zu bekommen, so werde es länger ausfallen. Bleibe die östliche Front Deutschlands geschlossen, so werde das Ende plötzlicher kommen.

Daß Deutschland aus Rußland Mannschaften erhalten sollte, glaubt Herr Joffre wohl selbst nicht.

Eine doppelte Geschichte.

Das Wiener Teleg.-Korr.-Bureau verbreitet folgende mysteriöse Meldung vom 3. Juli: Heute vormittag erschienen die Abg. Koldner, Hofrat Schöpfer und Lenzel und die Freiherren Pente und Natajo beim Ministerpräsidenten v. Seidler, um ihn auf die seit einigen Tagen in Umlauf befindlichen Gerüchte aufmerksam zu machen, welche sich in einer das Gefühl der patriotischen Bevölkerung tief verletzenden Weise mit den Allerhöchsten Verträgen des Kaisers und der Kaiserin beschäftigten. Sie stellten an den Kabinettschef die Anfrage, was seitens der Regierung getan worden sei, um diesen empörenden Machenschaften wirksam zu begegnen. Seidler erklärte, daß ihm die in Frage stehenden Gerüchte wohl bekannt seien. Er machte sich zum Dolmetsch der Gefühle aller Bevölkerungskreise, indem er seine tiefe Entrüstung über diese niederträchtigen, geradezu finsternen Ausstreunungen ausdrückte. Bezüglich der Quelle dieser unerhörten, hysterisch betriebenen Verhöhnung konnte ein Zweifel nicht bestehen. Sie gehöre ins Arsenal unserer Segner, die kein Mittel kennen, um das Gefüge der Monarchie zu erschüttern und selbst vor dem Verlust nicht zurückzuschrecken, jene jenseits Bande unzüchtiger Liebe und Verführung, die das Allerhöchste Kaiserhaus mit der getreuen Bevölkerung verknüpfen, zur Lockerung zu bringen. Er brauche nicht zu sagen, daß dieser Erfolg diesem schamlosen Beginnen nicht beschweren sein könne. Kein vernünftiger Mensch werde an einen derartigen Versuch glauben. Jedenfalls verbürge er, der Ministerpräsident, sich persönlich dafür, daß alle jene abscheulichen Gerüchte, die in letzter Zeit über Ihre Majestäten verbreitet seien, nicht den Schatten von Wahrheit enthalten. Die Verhöhnung derartiger Märchen sei demnach ein höchst verwerfliches Vergehen, dem mit aller Strenge des Gesetzes entgegen-

Die Ludendorff-Spende ist der Dank-Votum des deutschen Volkes!
Du hast Opfer über Opfer empfangen — nun opfere selbst und gib!

getreten werde, da durch sie dem Mann der unserer Feinde geradezu Vorstoß geleistet und das Vaterland schwer geschädigt werde. Es werde ohne Ansehen der Person rückwärts vorzugehen werden. Es sei die Pflicht jedes Staatsbürgers, die öffentliche Verwaltung bei Unterdrückung dieser ruchlosen Unternehmungen zu unterstützen, wie dies sehr erfreulicher Weise auch bereits geschehen ist. Er verweise insbesondere auf die imposante Kundgebung, die der katholische Volksbund kürzlich veranstaltete. An die Herren Abgeordneten wende sich die Regierung mit der dringenden Bitte, in gleichem patriotischen Sinne wirken zu wollen. — Die erschienenen Abgeordneten nahmen die Mitteilungen des Ministerpräsidenten mit Befriedigung zur Kenntnis und sicherten ihm ihre und ihrer Parteien logale und patriotische Mitarbeit zu.
Dunkel, sehr dunkel ist der Rede Sinn!

Die Helfer der Gegenrevolution.

Die „Iswestija“ teilt mit, Trozki habe folgenden Regierungsbefehl sämtlichen fremden Gesandten zugestellt: Alle im russischen Gebiet, gleichviel in welcher Absicht, mit Waffen operierenden ausländischen Untertanen werden als Feinde der Regierung betrachtet und als solche, falls sie den Befehlen der Regierung nicht unmittelbar gehorchen oder im Einvernehmen mit den russischen Gegenrevolutionären intrigieren, von den Sowjettruppen in gleicher Weise wie die übrigen Feinde behandelt. Um schweren Vermittlungen vorzubeugen, schlägt Trozki vor, ausländischen Truppen den Befehl zu erteilen, sich bei vorkommenden Zusammenstößen mit den Gegenrevolutionären auf russischem Gebiete unbedingt neutral zu verhalten.

Die Tschecho-Slowaken.

Aus Moskau meldet der Daily Express: Im Gouvernement Samara wurden die Sowjetbehörden vertrieben, Einige Mitglieder der normal konstituierenden Verammlung haben eine Erklärung veröffentlicht, in der sie mitteilen, daß sie die Ausführungsgewalt an sich genommen und eine vorläufige Regierung gebildet haben. Die beiden Regierungen in Charkow und Tomsk haben sich zu einer gemeinsamen Regierung für ganz Sibirien in Ems geeinigt. Die tschechisch-slowakischen Truppen sind die stärkste Stütze des neuen Reiches. Es wurden außerdem mehrere Freiwilligenkorps aufgestellt. Auch verschiedene Kosakenregimenter stehen auf der Seite der neuen Regierung.

Sibirien und Rußland.

Nach einer Meldung der Zeit aus Kiew hat die Moskauer Sowjetregierung eine Mitteilung der provisorischen sibirischen Regierung erhalten, in der diese zu Verhandlungen bereit ist, um die Versorgung des europäischen Rußland mit Lebensmitteln zu sichern. Als Grundbedingung wird die Anerkennung der sibirischen Regierung durch die Sowjets gefordert.

Entente-Vorbereitungen an der Murmanküste?

„Stockholms Tidningen“ meldet aus Kristiania: An dem Rakovikflusse an der Murmanküste steht ein Zusammenstoß bevor. Schützengräben werden bei Petschenga angelegt. Fünfzehn Kriegsschiffe sind dort angekommen, darunter bewaffnete Hilfskreuzer und Segelboote. Aeroplane, die zum Detachement von Petschenga gehören, erkunden den feindlichen Vormarsch von Kyrö. „Svenska Dagbladet“ meldet aus Helsingfors: Der finnische Generalstabschef teilt mit, daß die finnischen Militärbehörden nichts mit dem privaten Unternehmen des finnischen Kommandanten Rehnwald gegen Murman zu schaffen hat. Die ganze Bewachung der finnischen Ostgrenze sei anderen Abteilungen anvertraut. Die Regierungstruppen seien nicht berechtigt, die Ostgrenze zu überschreiten. Ein bekannter finnischer Zoologe, der aus Nordrußland über Petersburg von seiner wissenschaftlichen Expedition zurückgekehrt ist, berichtet über die Kriegsvorbereitungen der Entente, daß an der Murmanküste zwei englische und zwei französische Kriegsschiffe und in der Petschengabucht ein französisches liegt. In Karndlaß kam ein Panzerzug mit Engländern, Franzosen, Serben und Russen an. Kami erhielt eine Garnison, bestehend aus Engländern. Die Engländer verwandelten Kami zur starken Festung, die dank englischer Zufuhr reichlich mit Lebensmitteln versorgt ist. Svenska Teleg.-Bureau veröffentlicht folgende Eildrohmelung seines Sonderberichterstatters: Ich erfahre von einem hochstehenden finnlandischen Militär, daß heute der Beschluß gefaßt werden soll, alle Engländer aus Finnland auszuweisen.

Die Murmanfrage im Englischen Unterhaus.

Im Unterhause fragte der Abgeordnete King (liberal) den Staatssekretär des Auswärtigen, ob ihm folgende Tatsachen bekannt seien: Die russische Sowjetregierung habe die Unabhängigkeit Finnlands anerkannt. Diese Unabhängigkeit wurde einer finnlandischen Sowjetregierung gewährt, die deutschfeindlich gesinnt war und Rußland trotz Petschenga an der Murmanküste ab, um einer befreundeten, den Deutschen feindlichen Macht einen Ausweg an das Meer zu geben. Nachdem die finnlandische Sowjetregierung durch die finnlandischen Bürgerlichen mit deutscher Hilfe beseitigt war, lehnte die russische Sowjetregierung ab, die Unabhängigkeit Finnlands zu ratifizieren und legte bei der deutschen Regierung Protest dagegen ein, daß deutsche U-Boote die Murmanküste besuchten und daß die U-Boote

mit finnlandischer Unterstützung arbeiteten. King fragte, ob England oder die Verbündeten der russischen Sowjetregierung maritime und militärische Unterstützung angeboten hätten, um Rußland die Häfen der Murmanküste gegen Finnland und den deutschen Einfluß zu erhalten.

Lord Robert Cecil antwortete: Die angeführten Tatsachen sind im wesentlichen richtig. Falls die Sowjetregierung eine Aufforderung zu maritimem oder militärischem Beistand ergehen läßt, um russisches Gebiet gegen Deutschland zu verteidigen, so wird sie eine wohlbedachte Erwägung finden, aber ich bin zurzeit nicht in der Lage, weitere Erklärungen abzugeben.

Der Antimierwin Cecil läuft auf die Einladung hinaus, sich für England abermals in ein gefährliches Abenteuer zu stürzen. Es stellt eine merkwürdige oder auch nicht merkwürdige Antwort dar auf die kürzlich ergangene Sowjetnote, daß England die Murmanküste verlassen solle, weil das russische Volk Frieden und nichts als Frieden begehre.

Friedensarbeit der dänischen Sozialisten.

Das französische Minderheitsorgan „Le Populaire“ veröffentlicht einen Brief des dänischen Parteivorsitzenden Stauning, in dem dieser die französischen Sozialdemokraten zu einer Aussprache über die Friedensfrage nach Kopenhagen einladet. Ein Brief gleichen Inhalts ist an Henderson und MacDonald als Vertreter der englischen Arbeiterpartei abgegangen.

Stauning teilt in diesem Briefe mit, daß ursprünglich die Absicht bestand, ihn und einige andere dänische Genossen nach Frankreich und England zu schicken, die Regierungen jener Länder hätten sich aber geweigert, die dazu nötigen Pässe auszustellen.

Eine Kabinettskrise in Holland.

Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt, beabsichtigt das Kabinett, der Königin die Portefeuilles zur Verfügung zu stellen.

Das Haager Korrespondenz-Bureau meldet: Der Bericht des Morgenblattes der „Nieuwe Rotterdamse Courant“, daß das Kabinett der Königin seine Demission abgeben wird, kann bestätigt werden. Das Kabinett ist der Ansicht, daß durch die allgemeinen Wahlen, die gestern stattfanden, der Zeitraum für das Auftreten des extra-parlamentarischen Kabinetts ohnehin abgelaufen ist.

Die Wahlen wirken auf den Rücktritt-Entschluß der Regierung ein, als bei ihnen keine der beiden Parteien eine irgendwie nennenswerte Mehrheit erhalten wird, die Führung der Geschäfte also erheblich erschwert wird. Die Lösung der Krise wird sich nicht leicht gestalten, da bei der prekären Situation, in der sich die Niederlande zwischen Verbund und Einzelverband befinden, sich niemand zur Führung drängen dürfte. Das gegenwärtige Ministerium wird daher wohl noch einige Zeit mit der Fortführung der Geschäfte beauftragt bleiben.

Ein Streikverhinderungsgesetz in Amerika.

Wilson kündigte dem Repräsentantenhaus an, daß die Regierung Maßnahmen bezüglich des Telegraphen- und Telephondienstes plane. — Man wird versuchen, in dieser Woche ein Gesetz durchzubringen, das den Präsidenten ermächtigt, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um einem drohenden Streik auf den großen Telegraphenlinien zu begegnen.

Als die amerikanischen Eisenbahner vor zwei Jahren den Generalstreik organisierten, um den Achtstundentag zu erkämpfen, sprang Präsident Wilson — es war zur Zeit der Wahlbewegung für die Präsidentschaft — den Arbeitern bei und half ihnen am Tage vor Ausbruch des Streiks zum Siege. Der Achtstundentag wurde Gesetz. Der Präsident hat also praktische Erfahrung, wie Streiks wirksam verhindert werden können. Er kann nun zeigen, ob er auch zu andern als Wahlzeiten in Arbeitskämpfen den richtigen Weg zu finden und zu Ende zu schreiten weiß. Jetzt etwa den besten Kriegsgefahrspunkt geltend zu machen, wäre jedenfalls gewagt bei der Hilfe, die von den amerikanischen Gewerkschaften seiner Kriegspolitik in schonenlosem Umfang zugeflanden wird.

Ueber das geplante Gesetz verlaute kurz, daß es in der Uebernahme der Kontrolle über den Telegraphen- und Telephondienst durch die Regierung bestehen werde. Der Ausschuß des Repräsentantenhauses habe sich bereits für ein Gesetz erklärt, durch das der Regierung die Ermächtigung zu einer solchen Maßregel erteilt wird.

Die Maßregel würde der Regierung bei Differenzen der Angestellten mit den Unternehmern von vornherein eine Position geben, die ihren Einfluß auf die Erledigung der Streitfrage sichert und die ihr bisher nicht ohne weiteres zustand. Bei dem jetzt drohenden Ausbruch kommt eine der großen Telegraphengesellschaften in Betracht.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 4. Juli. (Umtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote 14500 Brutto-Registertonnen versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die neue Kriegsanleihe.

Dem Reichstage ist eine neue Kriegskreditvorlage zugegangen. Aus Anlaß des Krieges werden weitere 15 Milliarden gefordert, die durch eine Anleihe gedeckt werden sollen.

Die Reform der militärischen Verwaltung.

Der Hauptausfluß des Reichstages hatte die Erörterung der Beamten- und Arbeiterfragen in den Betrieben des Heeres und der Marine einem Unterausschuß überwiesen, der sich mit diesen Fragen in einer Reihe von Sitzungen befaßte. Darüber bestand Einigkeit, daß von einer Reform der gesamten militärischen Verwaltung jetzt während des Krieges keine Rede sein könnte, ebenso einmütig war aber auch die Auffassung, daß mit dieser Reform nach Beendigung des Krieges nicht weiter gezögert werden dürfe. In der Beamtenfrage handelt es sich vor allem darum, zu erreichen, daß die Beamten aus den unteren Stufen in die höchste Stufe hinübertreten können. Der Ausschuß sagte schließlich seine Beratungen in eine Resolution zusammen, die den Reichstanzler ersucht, dahin zu wirken, daß eine durchgreifende Reform der Heeres- und Marine-Verwaltung zur

Durchführung nach dem Friedensschluß schon fast vorbereitet werde, unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte: Der Auftrieb in die Provinzialstellen soll nach Möglichkeit für die geeigneten Kräfte der Lokalstellen freigemacht werden. Grundsätzlich sollen beim Nachweis der Beförderung in die höheren Stellen auf alle Fälle möglich sein. Außerdem soll ein Beurlaubtenhand für die Verwaltungsbeamten geschaffen werden. Die Ungleichheiten und Härten in der Stellung der Beamtenstellvertreter sollen schleunigst beseitigt oder gemildert werden, namentlich durch Vermehrung der Beförderungsmöglichkeiten zu Hilfsbeamten. Die handwerksmäßig ausgebildeten Unterbeamten sollen ebenfalls eine bessere Beförderungsmöglichkeit erhalten und sofort durch Zulagen bessergestellt werden. Bei einer Reform der Beförderungsdienststellung soll auf die Schaffung von gehobenen Unterbeamten bei der Heeres- und Marineverwaltung Vorbedacht genommen werden.

Im Anschluß daran gab es eine Besprechung der Arbeiterangelegenheiten. Abg. Schäpflin befragte die Lohnfrage, worauf der Feldzeugmeister General v. Couperle erklärte, das Gerücht, wonach die Getreideverwaltung mit der Privatindustrie ein Uebereinkommen getroffen habe, um die Löhne über eine gewisse Höhe nicht hinaustreten zu lassen, sei durchaus falsch. Solche Abmachungen mit der Privatindustrie beständen nicht und werden niemals bestehen. — Abg. Stübben brachte insbesondere die Beschäftigung von Soldaten mit dem Füllen von Granaten zur Sprache und wies darauf hin, in welcher Weise diese Beschäftigung gesundheitsfördernd wirken muß. Er forderte, daß diese Soldaten möglichst rasch ausgetauscht werden, um größere Gesundheitsbedingungen hinzuzubringen. Unser Redner kritisierte außerdem, daß man den zu dieser Arbeit kommandierten Soldaten zumutet, diese Arbeit für 50 Pfg. für den Tag zu verrichten. Von militärischer Seite wurde zugefügt, daß so rasch wie möglich eine Änderung in den Arbeitsverhältnissen eintreten solle. Die Resolution soll nunmehr dem Hauptausschuß unterbreitet und zur Erörterung im Plenum des Reichstages gebracht werden, wobei dann Gelegenheit geboten sein wird, dem ganzen Komplex von Beamten- und Arbeiterfragen eingehend zu erörtern.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Wit wichtigen Ernährungsfragen. wird sich morgen abend eine vom Gewerkschaftskartell nach dem Gewerkschaftshaus einberufene Versammlung der Kartellbelegierten, Gewerkschaftsvorstände und Arbeiterausschüßmitglieder sämtlicher Betriebe beschäftigen. Als Referenten fungieren die Herren Dr. Staubinger und Abg. Rupprecht vom Kriegsernährungsamt in Berlin, die auf dem in Frage kommenden Gebiet sachverständig sind. An die Vorträge wird sich eine freie Aussprache schließen. Wir wollen noch besonders darauf hinweisen, daß auch die Mitglieder des hiesigen Ernährungsausschusses zu dieser Versammlung eingeladen sind.

Freie Jugend. Monatsprogramm für Juli. Jeden Dienstag: Spiele auf der Heide. Jeden Donnerstag: Spiele auf dem Brink. Jeden Mittwoch: Wiederübungsabend.

Am Freitag sind Eignungen und am Freitag, dem 5. Juli, Diskussionsabend für die Arbeitskommissionen. Freitag, dem 12. Juli, Funktionär-Sigung, am 19. Juli Wanderkommissions-Sigung, am 26. Juli Arbeitskommissions-Sigung.

Wanderungen sind folgende vorgesehen: Sonntag, dem 7. Juli: Eine Nachmittagswanderung nach Schwarzenberg. Abmarch 2 1/2 Uhr. Abmarch 2 1/2 Uhr. Abmarch 2 1/2 Uhr. Sonntag, dem 14. Juli: Eine Nachmittagswanderung nach dem Dümmersdorfer Meer. Abmarch 1 1/2 Uhr vom Seibelplatz. Sonntag, dem 21. Juli: Eine Morgenwanderung nach dem Waldhufener Dühengrab. Abmarch 6 Uhr morgens von der Burgtorbrücke.

Sonntag, dem 28. Juli: Sommerfest in Rückwitz bei Dieckelmann.

Sollte unser Sommerfest an diesem Tage noch nicht stattfinden, ist eine Nachwanderung verbunden mit Tageswanderung nach Schwarzenberg, Klingenberg, Schwane gerant. Abmarch der Nachmittagswanderung 10 Uhr abends vom Lindenplatz. Abmarch für die Tagesfeier 6 Uhr morgens von der Burgtorbrücke.

Jeden Sonntag abend Zusammenkunft im Jugendheim, Bahmstraße 58.

Was sie alles wünschen.

Diejenigen Kreise, deren Kriegsziele in der Annexion von Gebieten bestehen, die unseren Gegnern im Kriege gehören, sind sehr rührig. Sie veranstalten überall interne Versammlungen und suchen dort, wo sie begreiflicherweise keinen Widerspruch finden, den Nachweis zu erbringen, daß für Deutschland der Besitz dieses oder jenes Landes eine Lebensnotwendigkeit sei. Die Zahl und der Umfang dieser angeblichen Lebensnotwendigkeiten ist bereits so groß geworden, daß man sich nur wundern muß, wie Deutschland vor dem Kriege überhaupt hat existieren und eine so glänzende Entwicklung nehmen konnte. Am Dienstag abend predigten in der hiesigen Gemeinnützigen Gesellschaft gleich zwei Redatoren über die deutschen Kolonien in Rußland und in der Ukraine. Gewiß ein ernstes und beachtenswertes Thema. Aber was die Herren wollten, zeigen folgende Auslassungen, die wir nach dem Bericht eines hiesigen bürgerlichen Blattes wiedergeben: „Die deutschen Kolonien wollen unter der ensittlichen russischen Herrschaft nicht mehr bleiben. Sie haben beschlossen, entweder die Zurückvergabe nach Deutschland durchzusetzen oder sich eine eigene Sphäre in Südrussland am Schwarzen Meer zu schaffen. Bei der Rückvergabe hat man besonders an Ostpreußen und Litauen gedacht, leider genügt das verfügbare Gebiet nur für höchstens 500 000 Menschen. Aber die Kolonisten haben ihre Blicke auf die Gebiete am Schwarzen Meer gerichtet: Bessarabien, die Kriv, Cherson, Taurien. Dort möchten sie ein selbständiges Staatswesen unter dem Schutze des deutschen Reiches gründen.“

Daß den deutschen Kolonisten der Schutz des deutschen Reiches zuteil werde, dafür wird gewiß jeder Deutsche eintreten. Die Gründung von selbständigen Staatswesen in einem fremden Land kann aber niemand befürworten, der nicht auch damit einverstanden wäre, wenn etwa bei uns eingewanderte Russen oder Franzosen in Deutschland selbständige Staatswesen errichten wollten.

Die Versammlung der Bürgerkass. welche am Montag, dem 8. Juli, abends 6 Uhr stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteltungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Zeitweilige Aufhebung des Artikels 14 Abs. 4 der Staatsverfassung. 2. Erweiterungsbau für die Schule in Moisling. 3. Ankauf eines Flugdampfers für die Baubehörde. 4. Verkauf von Landflächen des St. Johannis-Jungfrauenlofters. 5. Erwerb von Grundstücken zum Ausbau des Konstanzenhofes. 6. Ausdehnung des Geschäftsbereichs der „Städtischen Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg“ auf das übrige Staatsgebiet. 7. Gewährung von Witwenpension an die Witwe des Kontrolleure der Lübecker Straßenbahn, Heinrich Oldenburg. 8. Beihilfe an den Verein „Deutsches Rechtsanwaltsbüro“. 9. Veräußerung des Abschnittes VI des Hausplatzes für das Rechnungsjahr 1917. 10. Ankauf eines Grundstücks für die Zwecke des Polizeiamtes.

Deffentliche Vorträge und Kochvorführungen. Daß das jetzige Kochen und Braten vielfach nicht alle Nährwerte aus den wenigen uns zur Verfügung stehenden Nahrungsmitteln herausholt, bewies Hr. Ohms am Dienstag abend ihren Zuhörerinnen in anregender und belehrender Manner, und sie betonte ihre Ausführungen auf durch herungerethene Kostproben, die sogar ohne

Der amtliche Kriegsbericht.

III. Großes Hauptquartier, 4. Juli. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Die Gefechtsstätigkeit lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf. Seit frühem Morgen starkes Feuer des Feindes beiderseits der Somme. Hier haben sich Infanteriekämpfe entwickelt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Heftige Teilangriffe der Franzosen nördlich der Aisne, östlich von Moulins-Thousent wurde der Feind im Gegenstoß in unserer vorherigen Kampflinie abgewiesen. Im übrigen brachen seine Angriffe vor unseren Hindernissen zusammen. Erneute Vorstöße des Gegners östlich von Chateau-Thierry scheiterten.

Heeresgruppe Gallwitz und Herzog Albrecht.
Ein stärkerer Vorstoß des Feindes auf dem östlichen Maasufer wurde abgewiesen. Im Sundgau machten wir bei erfolgreichen Unternehmungen Gefangene.
St. Romen errang seinen 29. und 30. Vuffieg.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der türkische Sultan gestorben.

Wien, 4. Juli. (Amtlich.) Nach einer hier aus Konstantinopel eingegangenen Meldung ist S. M. der Sultan gestern um 7 Uhr abends verstorben.

Speisemarken verabreicht wurden. In einer gewöhnlichen Küche wäre allen Zuschauerinnen vom Duft der Speisen — Braten, Frittieren, Gemüse usw. — das Wasser im Munde zusammengelaufen, im Marmoraal, wo Hr. Ohms ihre Küche aufgeschlagen hatte, verriet nichts, daß fleißig gekocht wurde. Und warum? Weil sie auf dem Gasherd die Speisen nur wenige Minuten anfocht, alles andere aber der Kochflamme überließ, keiner neuen, viele Groschen kostenden, sondern einer ganz billigen, aus alten Zeiten hergekommenen. Ungekocht wird im Backofen, den man sich gleichfalls ohne alle Mühe herstellen kann. Jeder eiserne Topf ist dazu geeignet. Man erhitzt ihn langsam über dem Feuer ohne Wasser, und in den Topf kommen dann die Fleisch- und Fischgerichte, die man zubereiten will, und zwar in der Papierhülle, in der die Rednerin mit Vorliebe kocht. Nicht zu vergessen ist ein Blumenuntertag, der auf den Boden des Topfes gehört, um das Anbrennen der Speisen zu verhüten. In diesem Backofen werden die Speisen angefocht, und alles übrige besorgt dann die papierne Kochflamme. Daß auf diese Weise manches in unzeren Haushaltungen gespart werden könnte, leuchtet wohl ein. Und ob die Speisen schmecken? Ganz ausgezeichnet, ist ihnen doch kein Fingerring der Nährkraft entzogen. Nicht minder bezeichnend sind die Ausführungen der Rednerin über das Sterilisieren ohne kostspielige Werk- und Her-Apparate, über den luftdichten Verschluß der Gefäße ohne Gummiring — wie wichtig ist das in unzeren Tagen! — über die dennoch beste Bereitung von Dörrengemüse usw. Jede Hausfrau findet in diesen Vorträgen eine Fülle von Anregungen. Am Donnerstag nachmittag 4 Uhr und am Freitag und Sonnabend abend 7 1/2 Uhr spricht Hr. Ohms wieder. Die Vorträge finden im Marmoraal des Stadttheaters statt. Es ist gewiß sehr mühsam, sich darüber zu unterrichten, wie man aus Gemüse, Fisch, Fleisch und Kartoffeln alle Nährwerte herausholen kann. Viel besser wäre es aber, wenn die Bevölkerung diese schönen Dinge in wenigstens halbwegs ausreichendem Maße erhielt. Das Gemüse scheint aber nur noch für Ausgewählte vorhanden zu sein und die Kartoffeln hat einen beängstigenden Umfang angenommen, so daß manche solche Bezeichnungen über die Verwendungen dieser landwirtschaftlichen Erzeugnisse als Ironie empfinden, obwohl sie, wie gesagt, Beachtung verdienen. Aber vor allem gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, um den Hunger zu stillen.

Der Verein zur Förderung der Geflügelzucht erhöhte in seiner Mitgliederversammlung am 27. Juni den Beitrag von 6 Mk. auf 8 Mk. pro Jahr ab 1. Juli. Die vorgeschlagene Beschäftigung des Kleintierparks Hagendel in Stellung sind lebhaften Anhang. Beschlossen wird in der Annahme, daß den Mitgliedern dort viel Lehrreiches geboten werden wird, am Sonntag, dem 27. Juli d. J. die Tour stattfinden zu lassen. Unter Verschiedenes, Punkt 4, wird wiederum lebhaft debattiert über die Unmöglichkeit zu Abgabe der vorgeschriebenen Zahl Eier infolge des unzureichenden, mangelhaften Futters. Alferseits wird über das durchweg schlechte Resultat von eingeschickten Bruteiern geklagt. — Bezüglich des vom Polizeiamt zur Verfügung gestellten Passiviers bezieht die Versammlung auf einen gestellten Antrag: Der Vorstand soll bei Polizeiamt dahin wirken, daß der Einkauf der Rohmasse sowie die Herstellung und Zubereitung im Besitz des Vorstandes und unter Einwirkung der praktischen Erfahrungen desselben geschieht. Weiter wird ein Antrag einstimmig angenommen, wonach der Vorstand berechtigt und ermächtigt sein soll, bei sich bietender Gelegenheit schon im Laufe des Sommers soviel Futter als möglich, zur Verteilung an die Mitglieder, anzukaufen.

Die Offizierssammelstelle wird von Anfang August ab zweimal wöchentlich geöffnet sein. Da die Kircherne schon begonnen hat, gilt es aber schon jetzt die Kircherne zu sammeln, zu reinigen und zu trocknen, um sie später in brauchbarem Zustand der Sammelstelle zuzuführen. Man darf nicht vergessen, daß das aus Kirch, Bäumen- und Rindsternen gewonnene Del zur Herstellung von Margarine verwendet wird und daß dadurch ein jeder, der zu der Sammlung der Offiziere beiträgt, die Fettknappheit mit bekämpft. — Hoffentlich haben die minderbemittelten Volkskrieger noch Gelegenheit, Kerne von Kirchen abzuliefern, die sie selbst essen könnten. Erdbeeren waren ja diesmal für sie nicht gewachsen.

Schanfgewerbetreuer. In der Zeit vom 1. bis 15. Juli ist die zweite Hälfte der vom Schanfgewerbe (Woll- und Schanfgewerbetreuer, Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus) für 1918 zu entrichtenden Gewerbesteuer bei der Polizeikasse einzuzahlen.

Verkauf von Seefischen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Verkauf von Seefischen bei reichlicher Zufuhr durch rote Plakate, bei geringerer Zufuhr durch grüne Plakate bekanntgegeben wird. Wenn die roten Plakate aushängen, findet immer Verkauf bei Händlern und in der Markthalle statt, bei Aushang der grünen Plakate verkaufen nur die Händler.

Hamburg. Die Bürgerschaft stimmte gestern ohne weiteres dem Senatsantrag auf Hinausschiebung der Bürgergewerkschaftswahlen um ein weiteres Jahr in zweiter Lesung zu, jedoch nunmehr ein endgültiger Beschluß der Gesetzgebung vorliegt, der die Gültigkeit der Mandate der jetzigen Mitglieder des Hauses auf zehn Jahre ausdehnt. Angenommen wurde dann die neue Barordnung für die Stadt Hamburg in der ihr im wesentlichen von einer Vermittlungs-Deputation gegebenen Fassung, nachdem der Gesetzentwurf mehr als 25 Jahre Senat und Bürgerschaft, die über wichtige Punkte nicht zur Verständigung gelangen konnten, befristet hatte. Bewilligt wurden 50 000 Mk. für Feuerungszulagen für Lehrerinnen des Privatunterrichts. In einer längeren Besprechung gab noch die Aus-

schußanträge auf Bewilligung von 3 Millionen Mark, die zu erwerbenden Prüfungs- und Beratungsstellen zur Gewährung von Darlehen an Grundeigentümer zum Zwecke der Zerschließung von kleinen Wohnungen und Geschäftsräumen zur Verfügung gestellt werden sollen, Anlaß. Trotz des Widerspruches von mehreren Seiten stimmte das Haus einem Abänderungsantrag von Rambau zu, der die Mittel nicht nur für kleine Wohnungen, sondern für Wohnungen überhaupt, wenn die Grundeigentümer notleidend sind, verwendet wissen will. Mit dieser Änderung, die insbesondere von den Sozialdemokraten abgelehnt wurde, geht der Ausschußantrag an den Senat. Noch zwei weitere Gegenstände von größerer finanzieller Bedeutung kamen zur Verhandlung: Die Besetzung der Konsumvereine und eine abermalige, die fünfte während der Kriegszeit, Feuerungszulage für die Beamten und sonstigen Angestellten des Staates. Der erstere Antrag befragt: Die Steuerdeputation wird ermächtigt, die von einem Konsumverein zu entrichtende Einkommensteuer auf Antrag des Steuerpflichtigen bis auf den Betrag zu ermäßigen, der sich ergibt, wenn das während des Krieges erzielte Einkommen nach Abs. 1 der Ziffer VII berechnet wird. Zu den Beträgen, die dem versteilten Bilanzgewinne hinzuzurechnen sind, gehören Rabatte und Rückvergütungen, soweit sie nicht bereits in dem versteilten Gewinn enthalten sind. Von dem Einkommen derjenigen Geschäftsjahre, innerhalb deren der Krieg begonnen hat oder endigt, gilt derjenige Teil als während des Krieges erzielt, welcher der Dauer des Krieges während der betreffenden Jahre entspricht. Genosse Weirheber hat um Streichung der Worte: „Zu den Beträgen, die dem versteilten Bilanzgewinne hinzuzurechnen sind, gehören Rabatte und Rückvergütungen, soweit sie nicht bereits in dem versteilten Gewinn enthalten sind.“ Der Antrag wurde an den für die Bearbeitung dieser Materie bestehenden Ausschuß verwiesen, während die lange Debatte über eine weitere Zuwendung an die im Dienste des Staates stehenden Personen damit endete, daß der von Dr. Brindmann gestellte Antrag in dieser von Dr. Müller formulierten milderen Fassung einstimmig angenommen wurde. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die den im Dienste des Staates stehenden Beamten und Angestellten gewährten Zulagen nachzuprüfen und, soweit sie nicht der Feuerung entsprechen, auf eine angemessene Höhe zu bringen.

Hamburg. Die spanische Grippe im Hamburger Fernsprechamt. Nach einer Mitteilung der Kaiserlichen Oberpostdirektion ist unter dem Personal der Fernsprechämter die sogenannte spanische Grippe ausgebrochen, an der binnen drei Tagen schon 187 Beamten erkrankt sind. — Vereitelter Mord. Ein wegen Betrug in Untersuchungshaft befindlicher Handlungsgehilfe gründete Ende vorigen Jahres hier einen Verein zur Unterstützung der Kriegswaisen und machte mit einer der zahlreichen Kriegswaisen, die sich zum Beitritt meldeten, nähere Bekanntschaft. Er verkaufte ihre sämtlichen Mobilien, machte mit ihr ein gemeinschaftliches Testament, nach dem die beiden sich gegenseitig beerben sollten, und kaufte sie in drei Versicherungsgesellschaften ein. Dann lud er sie nach seiner im Preise Binneberg gelegenen Villa ein, um sie zu ermurden. Als die Frau dort eintraf, befand er sich glücklicherweise bereits in Untersuchungshaft. Die Frau entdeckte nun in der Wohnung mehrere Schußmächten und Patronen sowie im Schweinestall ein großes tiefes Loch, in das er vermutlich die Leiche verscharrten wollte. Die ihm zur Last gelegte Tat bestritt er. Er will das Loch gegraben haben, um sich einen unterirdischen Gang anzulegen, aus dem er vor der Polizei flüchten wollte. — Für 100 000 Mark Schmuckstücke gestohlen. Aus einer Wohnung in der Großen Rabenstraße wurden in der Nacht zum Montag für 100 000 Mark mit Edelsteinen besetzte Schmuckstücke gestohlen.

Kiel. Verurteilte Lebensmittelschieber. Im April d. J. waren vom Schöffengericht die Kaufleute Krüger und Treratz zu recht hohen Strafen verurteilt worden. R. erhielt 61 000 Mark Geldstrafe, drei Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust, T. 6000 Mk. Geldstrafe. Beide hatten 61 Doppelzener Altbierböhnen an eine Munitionsfabrik in Dönitz zu enorm hohen Preisen verschoben. Wegen das Urteil hatten sowohl die Angeklagten als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer B als Berufungsinstantz wurde nun gestern bei R. die Geldstrafe auf 22 000 Mk. ermäßigt, der übermäßige Gewinn von 11 000 Mk. soll eingezogen werden und der Ehrverlust fallen, die Gefängnisstrafe bleibt bestehen. T. dagegen erhielt 10 000 Mk. Geldstrafe. — Mithypantiaherin. Die Landmannsrau Silberkopf und deren Nichte Beckmann in Rhenbrügge bei Suchsdorf standen unter der Anklage der Mithypantiaherin vor dem hiesigen Schöffengericht. Frau S. ist schon vordem wegen desselben Vergehens. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Milch 12—13 Prozent Wasser zugesetzt war. Die Angeklagte S. wurde zu einem Monat Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe und die Beckmann zu 300 Mk. Geldstrafe oder für je 5 Mk. einen Tag Gefängnis verurteilt.

Grevesmühlen. Kriegers Heimkehr. Der Landwehrmann Schröder aus Bernsdorf, der auf dem östlichen Kriegsschauplatz kämpfte, wurde seit dem ersten Kriegsjahre vermißt. Da nie ein Lebenszeichen von ihm eintraf, galt er für tot. Jetzt ist er unvermuthet aus russischer Gefangenschaft heimgekehrt. Er war nach erlittenen Gegenständen in Sibirien verbleibt, von wo er keine Nachricht geben konnte. Leider war die Heimkehr für ihn ganz anders, wie er es sich gedacht hatte. Seine Frau ist nämlich inzwischen verstorben. Die Gutsherrschaft hatte darauf inszwischen aufgeschloß. Die Kinder wurden anderweitig untergebracht und der Hausrat versteigert. Der Erlös steht dem Heimgekehrten jetzt zur Verfügung, schwerlich aber kann er sich dafür jetzt wieder Mobilien und Kleidung verschaffen. Was soll er jetzt machen in der Heimat?

Wismar. Todessturz. Der mit Reparaturarbeiten am Dach der St. Georgenkirche beschäftigte Dachdecker Wilhelm Rath stürzte infolge des Reizes des Jahrstuhlkrautes aus 25 Meter Höhe in die Tiefe und erlag den schweren äußeren und inneren Verletzungen.

Rellingen. Von der Straßenbahn zu Tode geschleift. Der Maschinenmaat R. vom Kreuzer „Dettinger“, verlor in der Wilhelmshöfener Straße auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen aufzubringen, trat aber fehl und schlug zwischen Motor- und Anhängewagen. Da der Unfall von der Wagenführerin nicht bemerkt werden konnte, wurde der Unglückliche etwa 25 Meter mitgeschleift, dann erst kam der Wagen zum Stehen. Der Verunglückte hatte sehr schwere Verletzungen am Kopf und an den Beinen erlitten, denen er bald darauf erlag. Er ist 23 Jahre alt und stand vor der Verlobung.

Aus der Partei.

Eine bemerkenswerte Entschlieung. Der nordbayerische Gaunag hat auf seiner Tagung in Nürnberg zur politischen Lage gegen 15 Stimmen folgende Entschlieung angenommen: Während der langen Dauer des mörderischen Krieges sind Recht und Gesetz grotzenteils lahmgelegt. Die Militärgewalt ist an die Stelle der Staatsgewalt getreten und die Zivilgesetze sind nur noch die Ausführungsorgane der Militärdiktatur. Die Meinungsfreiheit und das Recht der Kritik sind von der Zensur eingekerkert oder ganz aufgehoben. Der Belagerungszustand unterbindet jede freie politische Betätigung. Der Reichstag ist zur Geldbewilligungsmaschine geworden, seine Wünsche, Befehle und Beschließe bleiben größtenteils unberücksichtigt. Der Friedenswille der Reichstagsmehrheit, deren Entschlieung die Regierung beigetreten ist, wird von der Militärgewalt ignoriert. Statt eines Verständigungsfriedens schloß man im Osten einen Gewaltfrieden, mit dem man den Grund zu neuen Kriegen legte.

Das hätte das Volk aufpassen sollen, kein Recht der empfindenden Mitstimmung bei der Gestaltung seiner Geschichte mit gewalttätiger Energie geltend zu machen. Statt dessen hat sich der Reichstag, die ihre Vertretung in den wichtigsten Fragen ausgedehnt, in zunehmendem Maße eine bedauerliche Gleichgültigkeit bemerkt. Warum und warum zu politischer Betät-

haben um sich gegriiffen. Der verbliebende Bruderkampf hat die Arbeiterbewegung gesplittert. Als notwendige Folge wurde das politische Gewicht der Sozialdemokratie durch den Einfluß im Parlament verringert.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Haltung durch die Rücknahme auf diejenigen bürgerlichen Parteien, die mit ihr zur Zeit den Wehrheitsbündel im Reichstag bilden, beeinflusst lassen. Die Vertretung der Interessen des durch den Kriegszustand entrechteten und durch die Kriegsnöte verelendeten arbeitenden Volkes sollte die alleinige Richtschnur genommen werden. Der trügerische Versuch, auf freiwillige „Reuorientierung“ der herrschenden Klassenverhältnisse nicht nachgegeben werden. Die Regierung hat aber erwidern gar nicht den ernstlichen Willen oder doch nicht die Macht, ihre Zugaben zu halten. Die Reaktion im Innern und die Erhebungs-politik nach außen haben die Oberhand; das beweist der vergebliche Kampf gegen die Willkürdiktatur, gegen die Willkür der Jesuiten und gegen den Belagerungsstand, dessen Wirkung an die Zeit des Sozialistengesetzes erinnert; das beweist der jämmerliche Zustand unseres Ernährungswesens; das beweist die schwächliche Haltung der Regierung in der preussischen Wahlreformfrage; das beweist das beständige Zurückweichen der verantwortlichen Leiter unserer auswärtigen Politik vor den Forderungen aller Armeegionisten, vor allem der Deutschen Vaterlandspartei.

An scharfer Kritik dieser Zustände hat es die Reichstagsfraktion freilich nicht fehlen lassen, aber es ist alles beim Alten geblieben. Die Wählererschaft hat längst das Empfinden, daß es mit solcher Kritik nicht mehr getan ist. Den Worten müssen Taten folgen. Der Regierung und ihrer Politik der Halbheit und Unentschiedenheit sind die Zähne zu weisen. Wir verlangen daher, daß die Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit dem Willen der Wählererschaft und mit den Forderungen unseres Programms zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes nunmehr von der bloßen Kritik dazu übergeht, von den schärfsten parlamentarischen Nachmitteln Gebrauch zu machen und durch ihre Abstimmungen die Mitverantwortung für die Politik der Reaktion und des Landraubes abzulehnen.

Eine glückliche sozialdemokratische Politik durch die Reichstagsfraktion wird die Lebensbedingungen verbessern und es verhindern, daß die jetzigen inneren Kämpfe die für die Zeit nach dem Kriege so notwendige Geschlossenheit der Aktion gefährden.

Der Reichstagsparteitag der oberen Rheinprovinz faßte folgende allgemeine interessierende Entschlüsse: „Der Parteitag erblickt in der unklaren Kriegspolitik der Reichsregierung ein Hindernis auf dem Wege zum Frieden. Der Parteitag ist überzeugt, daß der Friedenswille der feindlichen Völker gewaltig gestärkt werden würde, wenn sich die Reichsregierung unter rücksichtsloser Abhüttelung der Vaterlandsparteier erneut zu einem Verständigungsfrieden einschließlich Völkerverbund und Nützlichungsveränderung bereit erklärte, alle Gebietserwerbungen ablehnte, Belgien gemäß den zu Beginn des Krieges gegebenen Versprechungen die völlige Wiederherstellung garantierte, den Randvölkern im Osten die wirklich freie Entschliessung über ihr zukünftiges Schicksal gewährleistet. Die Zukunft Deutschlands hängt nicht an einigen Fehenschritten fremden Landes oder an einer Geldentschädigung, sondern an jenem Willen und seiner Fähigkeit, drinnen und draußen großzügige kulturpolitische Arbeit zu leisten und dadurch gleichzeitig moralische Eroberungen in der Welt zu machen. Der Parteitag verurteilt im Zusammenhang damit die schwächliche preussische Wahlrechtspolitik der Regierung, die eine an sich schon unzulängliche Vorlage noch fortgesetzt verwickelt und die Auflösung des Landtages immer noch ängstlich vermeidet. Mit dem größten Ernst weist der Parteitag auf die verkehrte Stimmung der Volksmassen hin. Aus der verkehrten Wahlrechtspolitik der Regierung, dem provokatorischen Treiben der Reaktionskräfte und Erhebungsaktivitäten, der ziellosen Kriegspolitik der Reichsleitung, dem Druck des Belagerungsstandes, schließlich aus dem zum Teil durchaus vermeidbaren Ernährungsnot und dem schamlosen Wucher in allen Zweigen des Lebensbedarfes erwächst naturgemäß eine Stimmung der zu schwersten Opfern bereiten Volksmassen, die alle allerschlimmsten Gefahren in sich birgt. Die sofortige Abkehr von den jetzigen Regierungsmethoden, vor allem auch die Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheiten ist daher zwingendes vaterländisches Gebot. Aus den neuen Steuerentwürfen der Regierung spricht immer noch der Wille, die breiten

Massen durch Verhöhnung der im allgemeinen berechtigten Forderungen und den Besitz zu klauen. Unter Anerkennung der Tatsache, daß die von der Reichstagsfraktion beschlossenen direkten Steuern ein beschränkter Versuch zu einer besseren Steuerpolitik sind, spricht der Parteitag aus, daß von einer gerechten Verteilung der neuen Lasten noch lange nicht die Rede sein kann. Die Reichstagsfraktion muß das gesamte neue Steuergeheim ablehnen, wenn es ihr nicht gelingt, Steuern auszumergen, die die breiten Schichten ungenügend belasten. Da die jetzige Zusammenfassung des Reichstages bei weitem nicht mehr dem Volkswillen entspricht, ersucht der Parteitag die Reichstagsfraktion, der neuen Verlängerung der Legislaturperiode nicht zuzustimmen. Das Volk will einen Wahlkampf, der die Gegner des Verständigungsfriedens und der Volksrechte vernichtend schlägt.

Der Oberhessische Parteitag in Kassel gedenkt in Trauer des Unheils, das die Fliegerangriffe auch über zahlreiche rheinische Städte gebracht haben und erhebt Einspruch dagegen, daß Luftangriffe auf Städte des Hinterlandes den Kampfsmitteln von Kulturstaaten zugerechnet worden sind. Als alleinige Verhinderungsmöglichkeit erscheint ihr ein internationales Abkommen über das Einstellen jeglicher Angriffe auf bewohnte Plätze außerhalb des Operationsgebietes. Solange nicht die deutsche Regierung in einseitiger Weise ihre Bereitwilligkeit erklärt, diesen Weg zu betreten, und ähnliche Bestrebungen unserer Gegner durch Vorwürfe zu unterstützen, fehlen die Voraussetzungen, unter denen dem Parteitag eine Ernennung über den gegenwärtigen Standpunkt in dieser Frage gerechtfertigt erscheint. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird aufgefordert, kein Mittel unversucht zu lassen, um eine Regierungserklärung im obigen Sinne herbeizuführen.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewaltige neue Mitgliederzunahme der Gewerkschaften. Wie das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission mitteilt, weisen die jüngsten Erhebungen über den Stand der Zentralverbände wiederum eine erfreuliche Vermehrung der Mitgliederzahl auf. Am Schluß des ersten Quartals 1918 umfaßten die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände (ohne die Eisenbahner und Chorjänger) 1336 519 Mitglieder, darunter 981 788 männliche und 354 736 weibliche. Die Mitgliederzahl hat sich in diesem Vierteljahr um 59 887 oder 4,7 Prozent vermehrt. Gegenüber dem tiefsten Stand der Gewerkschaften während des Krieges am Jahreschluß 1916 beträgt die Zunahme bereits rund 400 000 Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist gegenwärtig um 133 715 höher als vor dem Kriege. „Die seit Anfang des Vorjahres eingetretene kräftige Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl der Zentralverbände, die sich mit den besten Entwicklungsperioden der Gewerkschaften messen kann, berechtigt (nach dem „Korrespondenzblatt“) zu den schärfsten Hoffnungen für die künftige Machtentfaltung der Gewerkschaften nach dem Kriege.“ Für Unterzweckzwecke haben die Gewerkschaften während des Krieges jetzt insgesamt 72,8 Millionen Mark ausgegeben, davon über 25 Millionen für Arbeitslosenunterstützung, hauptsächlich im ersten Kriegsjahr, und über 26 Millionen für Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer. Gegenwärtig ist die Arbeitslosigkeit gering; sie betrug am Ende des ersten Quartals bei den männlichen Mitgliedern 0,4, bei den weiblichen Mitgliedern 2,1 Prozent der Gesamtzahl.

Soziales.

Wird das Auswärtige Amt nun endlich hören? Bei den Friedensverhandlungen im Osten haben die Gewerkschaften aller Richtungen darauf gedrängt, die sozialpolitischen Mindestforderungen der Arbeiter in die Friedensverträge aufzunehmen und dadurch international sicherzustellen. Die deutschen Unterhändler haben sich nicht darum gekümmert, angeblich, weil die Friedensverhandlungen nicht durch Überlastung mit entlegenen Materien verzögert werden sollten. Der wahre Grund war natürlich der, daß die Juristen des Auswärtigen Amtes, die Militärs der Obersten Heeresleitung und die Marineoffiziere der Flottenleitung keine

blasse Meinung davon hatten, was diese sozialpolitischen Mindestforderungen überhaupt sind und wie sie sich stellen sollten. Man beginnt in nächster Zeit bekanntlich in Berlin eine Konferenz unter Vorsitz des Staatssekretärs v. Kühlmann zur Nachprüfung und Ergänzung des Brest-Litovsker Friedensvertrages. Bald diese Gile hat die Arbeit jetzt nicht, da ja der Friede schon besteht und nicht zu befürchten ist, daß die Verzögerung der Verhandlungen um ein oder zwei Tage am Ende neues Blutvergießen herbeiführen könnte. Deshalb hat die Internationale Vereinigung für gesellschaftliche Arbeiterarbeit durch ihre deutsche Filiale, die Gesellschaft für Soziale Reform, ein erneutes Gesuch an den Reichskanzler gerichtet, in dem unter Hinweis auf frühere Eingaben, auch der Generalkommission, und die einstimmige Entschliessung des Reichstages, die Ende März dieses Jahres gefaßt wurde, daß in den künftigen Friedensverträgen eine internationale Grundlage für den Ausbau des Arbeiterschutzes gelegt werden solle, nachdrücklich darauf erachtet wird, daß bei den jetzigen Verhandlungen mit der Sowjetregierung auch Vereinbarungen über ein Mindestmaß auf den Gebieten des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung getroffen werden mögen. Wird das Auswärtige Amt nun endlich hören? Wir haben keinen Glauben daran. Die Herren unterlassen ja jegliche sozialpolitische Tätigkeit nicht aus bösem Willen, sondern weil sie von der ganzen Geschichte nichts verstehen. Es wäre deshalb an der Zeit, daß die Freunde des internationalen Arbeiterschutzes bei der Reichsregierung nachdrücklich zugunsten der Forderung vorstellig würden, daß Herr v. Kühlmann zu der Berliner Konferenz ein sozialpolitischer Sachverständiger beigegeben werde. Nur wenn dies geschieht, kann eine nachbringende Behandlung der Fragen des internationalen Arbeiterschutzes erwartet werden.

Kommunales.

Wohnungsnotgesetz in Braunschweig. Aus Braunschweig wird berichtet: Bei dem vom Landtage beschlossenen Kriegsnotgesetz für die Wohnungsfürsorge ging die Regierung von dem Grundgedanken aus, daß ein gesetzgeberisches Eingreifen zur Vermeidung unentgeltlicher Zustände auf dem Gebiete des Wohnungswesens nach Rückkehr der Soldaten aus dem Felde schon jetzt notwendig sei. Es müsse insbesondere erzwungen werden, gegenüber Eigentümern leerstehender Wohnungen, die sich weigerten, an wohnungssuchende Familien zu vermieten, behördlichen Zwang anzuwenden, um sie zu der Einlösung zu bringen, daß ihre privaten Sonderinteressen hinter den durch das Gemeinwohl geforderten Rücksichten zurücktreten müßten. Der Landtag ließ sich erst durch die Drohung, daß, falls eine landesgesetzliche Fürsorge nicht beschloffen werde, im Falle einer Wohnungsnot die Militärbehörde eingreifen werde, und zwar viel schärfer, als das vorliegende Gesetz es beabsichtige, zur Annahme des Gesetzes bestimmen.

Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes geben im Falle einer Wohnungsnot der Ortspolizeibehörde im Einvernehmen mit der Gemeindebehörde das Recht, den Eigentümern oder sonstigen Verfügungsberechtigten von Grundstücken aufzugeben, leerstehende Wohnungen oder leerstehende Räume (Läden, Speicher und dergl.), welche bisher zu Wohnzwecken nicht gedient haben, aber ohne Beeinträchtigung der wesentlichen Interessen der Mitbewohner zu einer Wohnung eingerichtet werden können, der Gemeinde zu überlassen zur Vermietung an Familien, die keine Wohnung finden können. Für Veränderungen und Verschlechterungen der Räume ist die Gemeinde haftenerklärpflichtig. Die Gemeinde ist verpflichtet, dem Eigentümer und sonstigen Beteiligten für die entzogene Nutzung der im Anspruch genommenen Wohnungen oder Räume eine monatlich oder vierteljährlich im voraus zahlbare Entschädigung zu leisten. Dies Notgesetz bleibt bis zwei Jahre nach Beendigung des Kriegszustandes bestehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. getitelteten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Seefischen.
Der Verkauf findet von jetzt ab auch nachmittags von 1 Uhr ab und zwar im Eingangsbereich der Markthalle (Eingang von der Beckergrube) statt.
Lübeck, den 3. Juli 1918. (3171)

Das Polizeiamt.

Die Verlobung mit Marie Koops, Secret, ist nicht ihrerseits, sondern meinerseits aufgehoben. (3162)
Karl Laudi, surzeit im Felde.

Am 12. Juni ds. Jrs. hat auch mein lieber guterweiliger Sohn, unser lieber Bruder, Schwager, Onkel u. Neffe, der Schütz (3168)
Franz Schumann
Jnh. des Eis. Kreuzes 2. Kl. und des Eis. Sanitätskreuzes, im blühenden Alter von 20 Jahren den Heldentod gefunden.
In tiefer Trauer
Hermann Schumann,
Heinrich Krüger und Frau geb. Schumann,
Heinrich Schumann, St. i. Weib. u. Frau geb. Bohnhoff
Anna Schumann geb. Koch,
Stemen.
Gustav Schumann, surz. im Felde, und Frau, geb. Hermann, Stemen.
Max Stegemann und Frau geb. Schumann, Hamburg.
Hugo Fromm, surz. i. Felde, und Frau geb. Schumann.
Miana Schumann.
Lübeck, d. 3. Juli 1918.
Reifenstraße 29.

Danksagung.
Für die bewiesene Teilnahme und Spenden beim Hinscheiden meines Vaters (3170)
Heinrich Wulff
sprechen wir unsern Dank aus.
Die Invernal Hinterbliebenen.
Schlossergeselle
selbst gesandt. (3177)
Str. Decker, Sanderstr. 35.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Högl. des Rat. Spar. Cassa.

Zu sofort ein jung. Mädchen anstelle des erkrankten. (3178)
Greve, Gr. Burgstr. 27.
Geucht von ruhigen Leuten eine 2- od. 3-Zimm.-Wohn. Ang. u. K S an die Exp. (3163)

Tabak-
Samen „Gavanna“, in Deutschland gezogen. Jedermann kann sich seinen Bedarf in Rauch- u. Rigarettabak im Garten oder Balkonkasten selbst ziehen. Eine Portion Samen: 1 Mt., 10 Portionen nur 9 Mt. Anweisungen gratis, auch fräuge Pflanzen derselben Sorte 25 Stk. 2,90 Mt., 100 Stk. 8 Mt.

Pfeffer
Deutschen Kaiserkrone kann jedermann in jedem Garten leicht selbst ziehen. Kräftige harte Pflanzen 25 Stk. 3 Mt., 100 Stk. 9 Mt. Versand überallhin, auch nach den entferntesten Gegenden per Nachnahme. Kein Geld voranzustellen. (3178)
Zeit ist die beste Pflanzzeit.
A. Pförtner, Großgärtnerin, Theisen Str. 15 (Lübeck).

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Högl. des Rat. Spar. Cassa.

Oeffentliche unentgeltliche Vorträge

der Volkswirtschaftlerin **Felicitas Ohaus**
am **Freitag**, dem 5. und **Sonnabend**, dem 6. Juli, **abends 7 1/2 Uhr**
im **Marmorsaal des Stadttheaterbaues.**

Wie müssen wir die wenigen Nahrungsmittel kochen, sterilisieren, einkochen, konservieren, um durchhalten zu können?

1. Wie kocht man Gemüse ohne Wasser und Fett?
2. Wie kocht und brät man Fleisch ohne Fett und ohne Wasser in der Papierhülle im eigenen Topf auf offenem Gase oder Feuer unter Zuhilfenahme der Kochkiste oder 50 alter Zeitungen?
3. Wie kocht man ideal Kartoffeln?
4. Wie bereitet man Maisgrieß, Miesmuscheln, Stockfische zu, so daß es Leckerbissen werden?
5. Wie macht man sich, ohne einen Pfennig auszugeben, die ideale Kochkiste?
6. Wie kocht man ohne Zucker ein?
7. Wie sterilisiert man ohne Weck- und Rexapparate im eigenen Wasser- oder Waschtopf, in jeglichem Gefäße?
8. Wie stellt man ohne Gummiring den luftdichten Verschluss eines jeglichen Gefäßes her?
9. Wie wird Dörrgemüse schmackhaft zubereitet?

Praktische Kochvorführungen.
Es wird gebeten, Kostellerchen und Löffel mitzubringen, da Kostproben verteilt werden. (3172)

Ring mit 2 Schlüsseln verl.
3164) Falkenplatz 6.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter u. verw. Ber.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.
am **Sonnabend**, dem 6. Juli **abends 8 1/2 Uhr**
im „**Gewerkschaftshaus**“
Johannisstraße 50-52.
Zagordnung:
1. Eröffnung vom 2. Quartal.
2. Kartellbericht.
3. Jährliche Verbandsangelegenheiten.
Wichtiges Erscheinen der Mitglieder erwartet.
(3169) Der Vorstand.

Stadthallen-Theater.
Direktion: Stanislaus Fuchs. 3173
Donnerstag, den 4. Juli 1918:

Der fidele Bauer
Operette von Leo Fall.
Freitag, den 5. Juli 1918:
Zum letzten Male:

Die fünf Frankfurter.
Lustspiel von Carl Rößler.
Sonnabend, den 6. Juli 1918:

Opernball.
Operette von R. Heuberger.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Sammet Kirchnerne!

Bilderleisten einrahmungen 3166
Feldpostkartenbriefe sind vorrätig.
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35, Fernruf 2808.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.

Täglich abends pünktlich 8 Uhr mit Riesenerfolg:

Ueber **„Der Hias“** Ueber 100 Mitwirkende 100 Mitwirkende

Ein feldgraues Spiel in 3 Akten von H. Gilardone.

Mit Riesenerfolg über 3000 Male in allen grösseren Städten Deutschlands aufgeführt.

Sonntag, den 7. Juli: 2 Vorstellungen.
Nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr.
Zu den Nachmittags-Vorstellungen zahlen Militär und Kinder halbe Preise.

Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz.
Kartenvorverkauf für sämtliche Vorstellungen Holstenhaus, Holstenstr., Zigarrenhandlung Röhrich, Ecke Schüsselbuden, Musikhaus Odeon sowie an der Theaterkasse des Hansa-Theaters von 11-1 Uhr vormittags und von 6 Uhr ab. 3175

Kurze Anfrage Nr. 500.

Haupt- und Stützfragen im Januar 1912 waren vorüber. Neu- und wiedergewählte Abgeordnete rüsteten zu neuer Arbeit, zu parlamentarischer Tätigkeit. Die Geschäftsordnung des Reichstages ist nicht mehr zeitgemäß, sie muß geändert werden. Zentrum, Freiwirtschaft, Nationalliberale und Sozialdemokraten verlangen in der Zeit vom 9. bis 15. Februar 1912 durch geforderte Anträge die Wahl einer besonderen Kommission zur Prüfung und Neufassung der Geschäftsordnung, in welcher vor allem eine Bestimmung enthalten sein soll, durch welche die Stellung „Kurzer Anfragen“ ermöglicht wird.

In der sechsten Plenarsitzung am 15. Februar 1912 bei Gelegenheit der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats führte der Abg. Dr. Junck u. a. folgendes aus:

Meine Herren, wir wünschen ferner, daß es diesem Reichstag gelingen möge, das Antragsrecht bei Interpellationen einzuführen. Es ist unerträglich, daß der Reichstag sich durch seine eigene Geschäftsordnung gerade bei den wichtigsten Angelegenheiten selbst einen Maulkorb vorbindet. Wir wünschen ferner, daß das Institut der kurzen Anfragen eingeführt werde, die ganz besonders geeignet sind, eine nähere Verbindung zwischen Parlament und Exekutive herzustellen, ein Recht, das um so ergiebiger sein wird, wie offen bekannt werden möge, je zurückhaltender und klüger der Reichstag bei Ausübung seines Fragerechtes sein wird. Die Kunst des Fragens in Angelegenheiten, namentlich der auswärtigen Politik und die nötige Zurückhaltung bei Ausübung des Fragerechtes muß natürlich gelernt werden. Wir sind aber überzeugt, daß der Deutsche Reichstag das nötige Verantwortlichkeitsgefühl haben wird.

Das Institut der kurzen Anfragen wurde nunmehr durch den Beschluß der 54. Plenarsitzung vom 3. Mai 1912 neu eingeführt. Den Reigen der Anfrager eröffnete am 11. Mai 1912 der Abg. Dr. Frank mit folgender kurzen Anfrage:

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob Holland seine Zustimmung zu der Erhebung von Schiffsfahrtsabgaben auf dem Rhein erklärt hat?

Am 14. Mai beantwortete der Kaiserliche Wirkliche Geheime Legationsrat Dr. Lehmann die Anfrage wie folgt:

Ich bin beauftragt, die Anfrage des Herrn Abg. Dr. Frank dahin zu beantworten, daß der Herr Reichskanzler zu seinem Bedauern nicht in der Lage ist, über den Stand der Angelegenheit zurzeit Auskunft zu geben.

(Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Auch zwei Ergänzungsfragen werden von dem Regierungsvorsteher mit nichtsagenden Worten abgetan; Heiterkeit und Bravo rechts steigerten sich. In der Presse entwickelt sich nach diesem ersten Versuch eine Polemik. Allgemein herrschte aber die Meinung vor, daß die Regierung durch die nichtsagende Antwort eine Beantwortung grundsätzlich nicht ablehnen will, denn auf eine zweite, von dem Abg. Fischer gestellte Anfrage hat der Staatssekretär Dr. Dehnbach eine positive Antwort gegeben.

In der ersten Session der jetzt laufenden Legislaturperiode wurden insgesamt 161 kurze Anfragen gestellt, darunter 43 von Sozialdemokraten.

In der zweiten Session eröffneten sechs Zentrumsabgeordnete aus den Weinbaubezirken den Reigen der Anfrager. Nun folgten die Anfragen in bunter Reihenfolge. Bis zum 24. Juni 1918 sind in der zweiten Session 500 Anfragen gestellt. Den Rekord hat der antisemitische Abgeordnete Werner-Hersfeld erreicht, der insgesamt in der zweiten Session 37 Anfragen gestellt, ihm folgen Dr. Müller-Meinungen mit 30, Dr. Fischer mit 24, Bassermann und Dr. Trendel mit je 16, Mumm mit 15, Dr. Liebknecht mit 13, Runert mit 10, Held und Hersfeld

mit je 8, Davidsohn, Dittmann, Dr. Strefemann, Vogtherr mit je 7, Dr. Ullrich, Behrens, Dr. Voormann, Kuchhoff und Stücklen beugten sich mit je 5 Anfragen. 12 Abgeordnete haben je 4, 24 je 3 und 35 je 2 Anfragen gestellt. 50 Abgeordnete waren beschieden und begünstigt sich mit einer Anfrage. 223 Abgeordnete haben das Institut der kurzen Anfragen nicht benutzt. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß diese Abgeordneten nicht auch für irgend eine Frage ein Interesse hätten, nicht irgendwie von der Regierung eine Auskunft verlangten. Direkte persönliche Befragung oder schriftliche Anfragen an irgend ein Ressort der Reichsregierung wird nach wie vor beliebt, wenn eine solche erbetene Auskunft nicht allgemein interessierende Angelegenheiten betrifft, auch überwiegend von Abgeordneten, die die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Junck vom 15. Februar 1912 noch im Gedächtnis haben, in welchem er die nötige Zurückhaltung als eine Kunst des Fragens bezeichnete.

In der Sitzung am 5. Juli wird voraussichtlich die von den Abgeordneten Stücklen-Scheidemann gestellte kurze Anfrage Nr. 500 beantwortet. Dieselbe lautet:

Der Stellvertretende kommandierende General des 2. Armeekorps v. Bietinghoff hat durch eine Verfügung vom 19. Mai 1918 das Halten des „Vorwärts“ für sämtliche Lazarette seines Befehlsbereichs verboten. Das Verbot ist dann noch auf den in Stettin erscheinenden „Volksboten“ ausgedehnt worden.

Ist dem Herrn Reichskanzler dieses Vorgehen des Generals von Bietinghoff bekannt und ist er bereit, die Aufhebung dieser Verfügung herbeizuführen?

Eine kurze Anfrage stellt das deutsche Volk an seine Vertreter: Wievielmal werden noch bis Kriegsbeendigung kurze Anfragen wegen Handhabung der Zensur, wegen des Belagerungszustandes, wegen der Nahrungsmittelversorgung usw. gestellt werden müssen?

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Juli 1918.

182. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Payer, v. Kühlmann.
Nichttraglich auf die Tagesordnung gesetzt wird die Bewilligung einer Aufwandsentschädigung für den Reichspräsidenten in Höhe von 30 000 Mark jährlich. Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung bewilligt.

Es folgt die dritte Lesung des Etats, allgemeine Beratung.

Abg. Scheidemann (Soz.): Von dem rumänischen Friedensvertrag sind wir nicht befriedigt; einige Bestimmungen fordern zur Kritik heraus. — In diesem an Abhängigkeiten reichen Kriege gibt es kaum etwas Abscheulicheres als die Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb des Kriegsgebietes. In Deutschland haben die feindlichen Flieger bisher keinen ernstlichen Schaden angerichtet, sondern nur Hunderte von Frauen und Kindern getötet und verstimmt. Das grausame Frauen- und Kindermorden hat gar keinen Sinn. Gewiß hat England damit begonnen, Krieg gegen Frauen und Kinder zu führen, indem es uns die Zufuhr von Lebensmitteln perzte. Aber damit vertritt es sich, Deutschland zu rohem Kapitalismus zu zwingen, während die Fliegerangriffe auf das Kriegsende überhaupt keinen Einfluß haben können. Deshalb fordern wir die Reichsregierung auf, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. Wird ihre Anregung abgelehnt, diese Fliegerangriffe einzustellen, so bleibt doch noch ein Vorteil auf deutscher Seite: denn alle verlässigen Menschen würden unserer Regierung Recht geben. Und moralische Eroberungen könnten uns gewiß nichts schaden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Eine Generaldebatte über unsere äußere und innere Politik muß auf die Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann am vorigen Montag zurückgreifen. Diese Auseinandersetzungen haben die öffentliche Meinung aufs tiefste erregt. Herr v. Kühlmann hat keine neue Wahrheit ausgesprochen, sondern nur eine längst bekannte Meinung zu programmatischem Ausdruck gebracht. Wir Sozialdemokraten sind grundsätzlich Gegner aller Annexionen und Vergewaltigungen, mögen diese nun leicht oder schwer erreichbar sein. Wir

wären deshalb mit unserer Parole: Keine Annexionen, sondern Befreiung, auch dann und erst recht dann hervorgetreten. Wenn wir nur gegen einen viel schwächeren Gegner gekämpft hätten. Denn wir Sozialdemokraten treten stets dem Verleumdung der Übermächtigen entgegen in der inneren wie der äußeren Politik. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Aber um diese Grundfrage handelt es sich hier gar nicht, sondern um die Beurteilung der Tatsachen, in der uns alle vernünftigen Politiker Recht geben, auch wenn sie politisch auf einem ganz anderen Standpunkte stehen als wir, darüber nämlich, daß dieser Krieg von Deutschland nicht als Eroberungskrieg geführt werden darf, wenn er nicht zum Untergang des deutschen Volkes und vielleicht ganz Europas führen soll. Die richtige Einschätzung der auf beiden Seiten wirkenden materiellen und moralischen Kräfte liefert zwar Deutschlands unbeschädigte Fortexistenz auch gegenüber den ungeheueren Anstrengungen, macht aber das Streben nach deutscher Welt Herrschaft aussichtslos. Hätte Deutschland nach Welt Herrschaft streben wollen — wir hätten das nicht geillert — so hätte es seinen jeweiligen politischen Gegnern isolieren und dann schlagen müssen, und sich zugleich möglichst viele politische Sympathien zu erwerben suchen müssen. Eine derartige Politik ist nicht getrieben worden, wir sind nichtsahnend in die größten aller Kriege hineingetaucht. (Sehr wahr!) Von Feinden rings umstellt, vom wütenden Haß der ganzen Welt umgeben, konnte Deutschland rein praktisch keine andere Politik treiben, als die Verteidigung seines bisherigen Besitztandes. Es mußte sich unter allen Umständen hüten, als gewalttätiger Anführer der bestehenden Weltordnung zum eigenen machtpolitischen Vorteil zu erscheinen, weil dadurch die feindliche Koalition immer aufs neue zusammenstürzte. Deutschland mußte also einen nationalen Verteidigungskrieg führen, und ihn jederzeit zu beenden bereit sein, sobald sein Bestand gesichert war. Vier Jahre lang hat die deutsche Sozialdemokratie dafür gekämpft, dieser Auffassung in der deutschen amtlichen Politik zum Durchbruch zu verhelfen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Und es hat während des Krieges keine Regierung in Deutschland gegeben, die nicht nahezu reiflos unsere Auffassung geteilt hätte. (Hört, hört! h. d. Soz. und Bewegung.) Das ist ja nahezu allgemein bekannt. Sämtliche Herren, die mit der auswärtigen Politik amtlich befaßt sind, würden prinzipiell der Rede Kühlmanns sachlich zustimmen müssen. Mancher würde vielleicht sagen, die Rede sei trotzdem ein Fehler, weil man so etwas nicht öffentlich sage. Aber diese Auffassung müssen wir mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Das gehört ja auch zu den „veredelnden“ Wirkungen des Krieges, daß durch ihn eine Atmosphäre der öffentlichen Verlogenheit hergestellt wird. Befreien wir uns doch von diesem Uberglauben, machen wir doch dem Lügenstimm ein Ende! (Sehr gut! links.) Wir können es! Es ist gar keine Gefahr dabei, wenn wir so laut und so oft als möglich aussprechen: Wir können uns gegen eine ganze Welt behaupten, aber ihr nicht unsern Willen aufzwingen. Kühlmann hat ausgesprochen, was wir alle denken, und seine Rede hätte eine politische Tat werden können, wenn nicht die zweite Rede gefolgt wäre. Er hat zwar nicht widerrufen, aber seiner Rede doch die Bedeutung genommen, und ihren möglichen Nutzen zerstört. Dabei ist das offene Aussprechen der Erkenntnis, daß militärische Machtmittel allein den Krieg nicht beenden, die einzige praktische Möglichkeit zum Frieden. Wir sollten es einmal mit einer Offenheit der Wahrheit versuchen, aber dazu fehlt leider der Mut. Wir brauchen eine Politik der unbedingten Klarheit und Wahrheit. Nur dadurch könnten wir den Frieden erlangen, der uns die Möglichkeit gäbe uns von den grauenhaften Leiden dieses Krieges zu erholen. Der Rückzug, den Herr v. Kühlmann vor dem Großen Hauptquartier angetreten hat, eröffnet in dieser Beziehung die unerträglichsten Aussichten. Wo ist der Mann im Bürgerrock, der den Herren im Hauptquartier unerschrocken die Wahrheit sagt. Die Herren befinden sich in einer Selbsttäuschung? Sie könnten vielleicht Parteinehmen, vielleicht die Engländer aus Frankreich vertreiben, vielleicht sogar, obwohl das sehr unwahrscheinlich ist, die Feinde zum Friedensschluß zwingen. Aber der Weltfrieden, den wir brauchen, kann das Schwert allein nicht erringen, dazu ist kluges politisches Vorgehen notwendig. Wir bewundern die militärischen Leistungen dieser Herren, aber sie sollten die Hände von der Politik lassen, in der sie Dilettanten sind. Statt dessen erleben wir jetzt Anzeichen einer aufdringlichen Herrschaft, die notgedrungen zu den schärfsten Konflikten führen muß. Ob die Herren von der Regierung sich die militärische Zensur gefallen lassen, lasse ich dahingestellt; der Reichstag läßt sie sich selbstverständlich nicht gefallen. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Es ist geradezu unerträglich, daß eine Logie, die über die Ministerrede mitgedeutet ist, der Presse verbietet, sie öffentlich nach ihrem Sinn aufzulassen. Die Presse geht schimmern Zeiten entgegen, wenn der

Rosi Zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.

20. Fortsetzung.

Sie sprach das arglos so hin und dachte dabei nicht um ein Haar mehr, als sie sagte. Dennoch schien ihr Einwurf den Ruodi unangenehm zu berühren. Er warf ihr einen sorgfältigen Seitenblick zu und entgegnete: „Das verstehst du nicht, Rosi. Ihr Weiber versteht überhaupt nichts von Geschäften. Der Strobelhäpi ist ein Brantstubi, ein Schluß, ja, das ist er; aber daneben hat er wie kein zweites centum von Blid und Schid, 's heißt Holz, 's finden und herbeischaffen. Wie gesagt, das verstehst du nicht.“

Das mochte man wohl so sein, und Rosi gab in ihrer Bescheidenheit unbedenklich zu, daß ihr Mann recht habe. Aber so kurzweg, fast barsch hatte er bis zum heutigen Tage noch nie zu ihr gesprochen. Es traf sie hart, und sie fühlte, daß ihr die Tränen in die Augen stiegen; aber sie bezwang sich und schwieg. Sie wollte ihn nicht reizen, um keinen Preis, jetzt, da er augenscheinlich krank war. Denn wie hätte er sich sonst gegen sie so unfreundlich zeigen können?

Er schwieg ebenfalls eine Weile, Hölzer und Bretter zwecklos von ihren Stellen räumend und dann wieder hinwerfend. Dann begann er wieder: „Ei, Rosi — ja, das hab' ich dir noch gar nicht erzählt. Denn dir, ich hab' 's Berlin auch eine Bekanntschaft von Windgellen getroffen.“

Er sagte das so leichtsin, wie man von einer reinen Bagatell-sache zu sprechen pflegt. Aber es war keine natürliche, sondern eine gemachte Leichtigkeit in seiner Stimme und Betonung. „Einen Bekannten von Windgellen?“ fragte Rosi mit unbewussten Neugier.

„Ich sage nicht: einen Bekannten.“

„Was meinst?“

„Reimen Er, aber eine Sie.“

„Ja so! Aber was könnt' denn das für eine sein?“

„Hat mal!“

„Ich rat' schon, aber ich errat' s' gäng nit.“

„Wirklich nicht?“

„Wahrli, nein.“

„Wah, du wirst Augen machen, wenn ich dir sag', daß ich 's Berlin's Schwarzelli aus der Höllenschwarz' getroffen.“

Rosi machte jedoch zu dieser großen Neuigkeit gar keine besonderen Augen, sondern fragte ohne großen Anteil: „Was, Ruodi? 's Effi, das meggelaufen wild' Kind aus der Höllenschwarz'?“

„Eben 's Effi. Du würdest 's aber nicht mehr erkennen. Aus dem Kind ist 'ne staatsmäßige Dam' worden.“

„Was du nit sagst, Ruodi! 'ne Dam'?“ Das härt' man wahrli dem Wasen Baggangel nit ansehen. Aber wie ging denn das zu?“

„Ja, siehst du, 's muß ihr anfangs da draußen im Dittschland recht knapp gegangen sein. Sie will auch davon nicht viel wissen oder wissen lassen. Soviel merkt' ich, daß sie eine Zeitlang beim Theater gewesen sein muß.“

„Beim Theater? Unter den Komödianten? Da hat sie gäng nit viel Guts g'leben und g'lernt. Mit drum, sie war ja von klein auf ein leichtsinnig's Dingli. Aber ich will ihr damit kein Unrecht tun. 's hat mich oft verbarmet, daß es unter Leuten wie der Strobelhäpi und 's Strobelhäpi aufwachsen muß.“ „s kann sich gäng in der Fremde draußen auch gebessert haben. Hat doch, mein' ich, der Herr Baroz mal in der Zwißl g'lagt, daß es netme auch unter dem Komödiantenwolf rechtschaffene Leut' gab.“

„Jawohl, jawohl. Du mußt dir die Komödianten bei den großen Theatern nicht vorstellen wie die, welche auf unsern Jahrmärkten herumziehen. Das sind Künstler und Künstlerinnen, Rosi, ja, Herren sind's und Damen.“

„Und so 'ne Dam' ist 's Effi? Drum wollte der Strobelhäpi nit jagen, was für eine, als er gäng vorm Jahr um die Zeit mit je'm Töchterli so schilli grostalt im Dorf!“

„Rein, sie ist keine Theaterdam' mehr.“

„Was denn?“

„Sie ist Haushälterin bei unserm Freund, dem Herrn Baron von der Schnarrbühl.“

„Haushälterin? Das ist gäng g'paspig. Wie sollt' 's Effi so 'nen Haushalt führen können?“

„Oh, sie hat damit nicht viel zu tun. Ihr Hauptgeschäft ist, dem Baron vorzulesen.“

„Vorlesen? Kann er denn nit selber lesen?“

„Freili, aber weißt, große Herren wollen's bequem haben.“

„Und bei dem Herrn Baron hast du 's Effi getroffen?“

„Wo sonst? Sie hatte eine große Freude, wieder mal einen Landsmann zu sehen — und daß ich's nicht verzäß', sie löst dich schon geizgen.“

„Mit schön grüßen? Ei, als sie noch daheim war, hat sie mich ja nit austehen können und hat mir, obchon ich ihr nit Wissen nie ehbis 's leid tat, mit ihrem hohen Mundstück manchen Schlotterli (Schimpf, üble Nachrede) a'g'hängt.“

„Ja, sie hat mich daran erinnert und, indem sie hellauf lachte, gesagt, es sei aus purer Eifersucht geschchen.“

„Aus Eifersucht? Das Ding war ja noch ein Kind. Das ist wirklich zum Lachen. — Aber loß', Ruodi, der Herr Baron hat doch eine Frau?“

„Nein, er hat nie eine gehabt.“

„Er hat keine Frau und lebt mit so 'nem jungen Weibli im Haus? Wöfidi!“

„Oh, jetzt tußt du dem Baron und dem Effi unrecht! Er ist ja so alt, daß er ihr Großvater sein könnt'.“

„Wie eitrig er das logte! Wie! Wie eitrig, als daß Rosi der Sache nit größere Beachtung als bisher hätte schenken sollen.“

Sie schaute verwundert auf und nach ihrem Gattin hin. Aber der war, von ihr abgewendet, wieder in seinem zwecklosen Herumframen begriffen.

's ist netme wunderli! dachte sie mehr nur laut, als sie es sagte oder sagen wollte.

„Was?“

„Daß du mir nie von dem Effi g'schrieben.“

„Ei, was denkst? Das schien mir gäng zum Schreiben gar nicht wichtig genug.“

Er lachte und lachte nach einer Weile, in ein gezwungenes Lachen ausbrechend, hinstu: „Am End' bist gar jetzt du eifersüchtig, Rosi? Aber komm, sei kein Narrli! Gib mir 's Beiberbrot, 's ist Zeit dazu, und ich will dir zeigen, daß ich esien mag. Hernach muß ich in 's Höllenschwarz'.“

9. Kapitel.

Ein Donnerichlag.

Der Frühling kam und verging den Bewohnern des Küttli in leidlichen Frieden. Aber ein Liebesstöhnung war er nicht mehr. Es stand es zwischen Rosi und ihrem Gatten, etwas, das fast und hart war wie eine eiserne Wand. Sie fühlte es wohl, und in mancher schlummerlosen Nacht sekte sie sich neben dem Ruodi im Bette auf, ängstlich lauschend, wann er sich im Schlafe unruhig hin und her wälzte, wie von schweren Träumen gequält. Er gab eine Laß auf dem Herzen, dachte sie dann, eine schwere Laß. Oh, wenn er sie nit nur offenbaren wollte; ich würde sie ja gern mit ihm tragen, für ihn!

Doch der Ruodi schwieg. Er war überhaupt sehr schweigm geworden, seitdem, mitunter sogar launisch. Manchmal überkam ihn die alte Arbeitslust wieder, und er konnte dann tagelang an seinem Werkzeuge sitzen wie hingebannt. Mit solcher stierhaften Tätigkeit wechselte ein Müßiggang, der ihn jede Veranlassung, vom Hause abwehnd zu sein, mit Begierde ergreifen ließ. Manchen Tag kreifte er mit seiner Biähe in den Bergen, aber er brachte nur jeltzen eine Jagdbeute heim. Abends sah er auch viel im blauen Fuchs, was früher kaum ein paarmal im Jahre vorgekommen, und da war der alte Strobelhäpi sein beständiger Gesellschafter. Die Gassen, die man über den lektoren Umstand im Dorfe machte, waren jedenfalls keine schmeichelhaften. Einmal kam er erst nach Mitternacht heim. Rosi war ausgeblieben, ihn zu erwarten, und wie erschrockt sie nun über den hieren Glanz seiner Augen, über sein jauchendes Lachen! Sie verging fast vor Scham und Jammer, als sie die widerlichen Viehstungen eines Beiräuschten abwehren mußte.

Und dennoch hoffte sie noch, hoffte auf die Wiederkehr früherer glücklicher Tage. Sie betrachtete und behandelte ihren Mann wie einen Kranken. Mittels Geduld, Sanftmut, Güte würde es ihr, redete sie sich ein, vielleicht doch gelingen, ihn auf den rechten Weg zurückzuführen und zu ihm.

Fortsetzung folgt.

Abolitionismus, gemindert durch die Furcht vor dem parlamentarischen Standal, (Beifall und Heiterkeit.) Die Herren der Regierung sind nicht zu beneiden. Als Führer eines in hundert Schlachten erprobten Volkes, die das Volk aus dieser ungeheuren Katastrophe hinaus in eine bessere Zeit führen sollte, müßte sie mit unübertrefflicher Energie alle entgegenstehenden Hindernisse zerstampfen. (Lebh. Beifall links.) Eine solche Regierung würden wir mit Freuden unterstützen. Aber der Regierung, die nach vier Jahren noch immer nicht über den Belagerungszustand hinwegzukommen vermag, wir den Stat. Das darübende Volk fühlt sich in einem Zustande der Not und Anechtheit. In diesen kritischen Ernährungswochen, von denen ich noch nicht weiß, wie wir sie überleben, erleben wir das Trauerspiel der Wählerreform. Warum hat die Regierung nicht aufgeführt? In den weitesten Volksteilen herrscht tiefege Erbitterung. Es gibt nur eine Stimmung: **Schluß! Natürlich Schluß in Ehren, ohne Schaden an Deutschlands Lebensinteressen, aber Schluß.** Die Regierung muß Belgiens Rechte auf Selbständigkeit unumwunden anerkennen, und alles tun, um eine weitläufige Friedenspolitik zu treiben. Es ist eine tiefste Mahnung und Warnung: Es geht um Tod und Leben von Millionen! (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Ich betrachte es nicht als unsere Aufgabe, Rezepte für die Regierung auszuarbeiten, wie sie mit mehr Geschick ein Streben nach der Welt Herrschaft hätte vorbereiten können. Herr Scheidemann verkündet die Tatsachen vollkommen. Die militärisch-höfliche Kamarilla, die bei uns die auswärtige Politik macht, hat von Anfang an Welt Herrschaftspläne verfolgt. Wenn sie auch mit ihren weitesten Anwerbsplänen erst später herausgefunden ist; jetzt bekämpft diese Kamarilla ihre Pläne ganz offen und ungehört. Man ist mir, daß der von der Militärkamarilla desautorisierte Staatssekretär v. Kühlmann, statt zu gehen oder die Kamarilla offen zu bekämpfen, Vater peccavi sagt, und daß die Reichstagsmehrheit das billigt. Damit hat sie sich öffentlich der Militärkamarilla unterworfen. Auch nach der Episode Kühlmann-Hertling legt die Militärkamarilla ihre Taten fort. Gelmarschall v. Hindenburg erklärt, Elsaß-Lothringen solle an Preußen angegliedert werden — und die Reichsregierung verbittet sich dies Politizieren von Generalen nicht. Einmal soll mit Preußen vereinigt werden, Litauen einen jählichen Prinzen erhalten; das würde nicht nur eine Verschärfung der Interessen dieser Völker, sondern auch eine Gefährdung des künftigen Weltfriedens. Die Körperkassen, die in jenen Ländern sich für solche Lösungen ausgesprochen haben, haben mit wärdigen Volksvertretungen nichts gemein. Ueber die Behandlung der litauischen Bevölkerung hat kürzlich mein Freund Haase hier gesprochen. Nachdem die Reichsregierung zugelegt hat, daß die rumänischen Jolterrechte für ihre Söldnaten an deutsche Gejangene zur Rechenhaftigkeit gezogen werden sollen, erwarten wir auch ein Vorgehen gegen die deutschen Jolterrechte in Litauen. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Auch die Vorgänge in Finnland und der Ukraine beweisen, wie wenig unsere Regierung und ihre militärischen Hintermänner imstande sind, eine Bevölkerung zu verwalten. Das ukrainische Volk ist vergewaltigt und gegen Deutschland erbittert worden; zugleich wird der Boden bereitet für eine gegenrevolutionäre Regierung, die sich früher in imperialistischen Sinne gegen Deutschland betätigt wird. Sollten die bestehenden Einrichtungen in Rußland unter dem Schutz der deutschen Truppen geschützt werden, sollte es wirklich zu einer Vergewaltigung der russischen Arbeiter u. Proletariat kommen, so wäre es die heiligste Pflicht aller deutschen Proletariat alle Machtmittel anzuwenden, um ein solches Verbrechen zu verhindern. Kein deutscher Proletariat dürfte durch Verletzung von Situation die helfende Hand zu solchen Verbrechen bieten. (Beifall b. d. Soz.) Die deutschen Proletariat aller Richtungen müßten wir denn zur Revolution aufrufen. (Beifall bei den U. Soz.; höhnisches Bravo rechts; Glade des Präsidenten.)

Präsident Fehrenbach: Für den Aufruf zur Revolution rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Ledebour v. Bayer: Einer Auseinandersetzung mit dem Herrn Scheidemann richtig verstanden habe, wird die sozialdemokratische Partei den Stat ablehnen. Das ist uns nichts Neues, sie hat ja nur ausnahmsweise für den Stat gestimmt. Wir müssen es ertragen, obwohl derartige Demonstrationen im Kriege schwerer zu ertragen sind als im Frieden. Es ist gut, daß es eine Demonstration bleiben muß. Wenn auch andere Parteien daselbst wären, glauben Sie, daß damit der Sache des Vaterlandes, des Volkes und der Freiheit ein Dienst geleistet würde. (Sehr gut! bei der Vo.) Der Abg. Scheidemann ist dann auf das Friedensprogramm und die Erklärungen der Regierung dazu zu sprechen gekommen. Ich fühle mich nicht dadurch veranlaßt, eine programmatische Erklärung der Regierung zum Friedensprogramm abzugeben. Was sollte denn nach den Erklärungen, die wir bereits gemacht haben, dadurch erreicht werden. Die Folge wäre ein Auseinanderfallen der Geistes innerhalb des deutschen Reiches, und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft bei unseren Gegnern ist so gering, daß die Nachteile einer solchen Erklärung nicht abzuwägen würden. Die feindseligen Regierungen würden ihre Wölfe von neuem aufbeistehen, und unseren Worten, so ehrenhaft und so beiseiden sie auch gemeint sind, eine falsche Bedeutung geben. (Sehr wahr!) Die Formulierung der Friedensziele durch den Abg. Scheidemann: „Ein Schluß in Ehren und keine Beeinträchtigung Deutschlands bei den Friedensbedingungen“ können wir unterschreiben. Ich glaube, wir sind darüber sogar schon hinausgegangen. (Abg. Ledebour (U. Soz.): Siehe Rußland!) In dem Augenblick, wo der Kriegswille und der Friedenswille der Gegner gebrochen sein wird, werden wir Frieden haben, und ich fürchte, daß alle Versuche, vorher zum Frieden zu gelangen, vergeblich sein werden. Darum müssen wir warten, bis dieser Zeitpunkt gekommen sein wird. Zu meinem Bedauern hat der Abg. Scheidemann ein Bild von der Art und Weise der obersten Heeresleitung und von ihrem Verhältnis zur zivilen Reichsleitung gegeben, das falsch ist und in diesem Hause nicht so hätte dargestellt werden sollen. (Lachen bei den Soz.) Die Schillerung behandelt auch ein geringes Maß von Dankbarkeit gegenüber der obersten Heeresleitung. Wie kann man von militärischem Absolutismus reden, von politischem Ehrgeiz und politischem Diktatorismus der obersten Heeresleitung. Sie werden überhaupt kein Land finden, in dem nicht Gegenstände zwischen der Heeresleitung und Heeresleitung zutage treten. Soll die Heeresleitung uns zum Sieg und zum Frieden führen, so können wir ihr nicht das Recht bestreiten, ihre Meinung in allen Fragen abzugeben, die mit dem hegreichen oder nichthegreichen Ausgang zusammenhängen. (Zuruf bei den Soz.: Über sie kommandiert.) Es ist nicht möglich, so zu tun, als ob Heeres- und Zivilleitung sich bekämpten. Sie müssen vielmehr sich zu verständigen suchen. (Widerpruch bei den Soz.) Das ist ein so einfacher Satz, daß man doch dagegen nicht aufstehen darf. Man kann in solchen Zeiten nicht eine schematische Scheidung machen zwischen dem, was der Heeresleitung an Macht und Einfluß zukommt und was der Zivilleitung, sondern man muß betonen, alle Hindernisse eines Zusammenarbeitens zu beseitigen. Meinungsverschiedenheiten werden und müssen auftreten. Aber welche Ereignisse des letzten Jahres bezeichnen Ihnen denn, daß die zivilen Gewalten vor der obersten Heeresleitung kapitulieren haben. Glaubt denn Herr Scheidemann wirklich, wir genießen nicht genügend Achtung seitens der Obersten Heeresleitung. Wir befehlen auf unserer Meinung, soweit und so oft es notwendig ist. Deshalb muß es nicht angebracht, daß Herr Scheidemann uns wieder einmal den bewährlichen Rat gegeben hat, uns möglichst bald zurückzuziehen, wenn wir nicht ein Verhältnis zur Obersten Heeresleitung schaffen vermögen, wie es ihm vorkommt. Wir sind auf unsere Forderungen gestellt, um dem Vaterlande in seiner schwersten Zeit zu dienen, und da halten wir uns für verpflichtet, auszuhalten. (Beifall.) In Bezug auf die Politik im Innern wird Herr Scheidemann uns vor, wir hätten kein richtiges Herz für die Not der breiten Massen. Wir haben ein Herz sowohl für die Leidgeplagten, als für die geringe Not der breiten Massen. Wir wissen, daß die

herkommt, sondern auch von der Unfreiheit. In anderen Ländern ist es ebenso. Gewisse Beschränkungen der persönlichen Freiheit muß sich in jedem Krieg jeder gefallen lassen. Auch wir hinter der Front müssen uns zum Wohle des Ganzen gewisse Beschränkungen auferlegen. Denn wir alle wollen doch den Sieg und den Frieden haben, und dazu können wir nicht gelangen, wenn unter Aufhebung des Belagerungszustandes jeder tun und lassen kann, was er will wie im Frieden. Gerade weil so ungeheuer viel auf dem Spiele steht, dürfen wir solche Beschränkungen der Freiheit nicht allzu tragisch nehmen. Wir sind bemüht, die Gegenstände zu mindern und alle Schöpfheiten, die mit der richtigen und falschen Anwendung der Gesetze und Verordnungen verbunden sind, zu verringern und jebem, soweit es im Rahmen der bestehenden Dinge möglich ist, zu seinem Recht zu verhelfen. Es geht ja auch in dieser Weise vorwärts, langsam zwar, aber wir kommen doch allmählich in Zustände hinein, die auch auf diesem Gebiet als erträglich bezeichnet werden können. Statt sich so stark über diese Gegenstände zu äußern, sollte man lieber ab und zu an die Bevölkerung appellieren, daß sie, wie auf dem Gebiet der Leiblichen Ernährung, so auch auf geistigem Gebiet sich gewisse Beschränkungen gefallen lassen soll. Wir sollten uns nicht auseinandersetzen, sondern zusammenarbeiten. Wir werden wie bisher versuchen, so gut als möglich im Interesse aller zu arbeiten und unsern Weg weiter gehen, denn wir wissen, daß dieser Weg nicht zu militärischem Despotismus führt, und auch nicht zu einem Eroberungsfrieden, sondern zu einem Frieden der Verständigung, den wir, wenn nicht alle, so doch in der weit überwiegenden Mehrheit dieses Hauses und der Regierung anstreben. Wir bitten Sie auf diesem Wege um Ihren Beistand, bis wir zum Sieg und dadurch zum Frieden gekommen sind. (Lebh. Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Die Behauptung Scheidemanns, daß sich das Volk in Not und Anechtheit fühle, geht weit über die Wahrheit hinaus. Gemäß lassen Not und Entbehrung auf dem Volke, aber daran ist nicht wenig das Diktat der Sozialdemokratie in wirtschaftlichen Fragen schuld. Scheidemann vergißt die letzte Quelle der Not: England. Er vergißt auch, daß alles, was er sagt, im Auslande noch schlimmer aufgefaßt wird. Die Vorgeschichte des Weltkrieges beweist, daß Deutschland keine Welt Herrschaft erstrebt hat. Die Rede Scheidemanns ist aber geeignet, denen, die das behaupten, Wasser auf die Mühlen zu leiten. Der Krieg ist ein Verteidigungskrieg. Wir müssen uns aber gegen zukünftige Angriffe über unsere Integrität hinaus sichern. Es ist unrichtig, daß zwischen der Kühlmann-Rede von Montag und der von Dienstag ein Unterschied auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung besteht. Die Politik der Sozialdemokratie und die Friedensangebote haben uns dem Frieden um keinen Zentimeter näher gebracht, sondern nur unsere militärischen Erfolge. Woher sollen unsere Soldaten die Kraft nehmen, sich immer wieder einzusetzen, wenn ihnen der Glaube an den Sieg genommen wird? Darum bedekten gewisse Erklärungen von der Tribüne dieses Hauses eine Verhöhnung an unserm Volke. (Unruhe.) Die wenig geschmackvollen Angriffe Scheidemanns gegen die Heeresleitung, die er der Herrschaft und Willkür bezichtigt, veranlassen uns zu energischem Einspruch. Herr Scheidemann beabsichtigt, den Kampf gegen die Oberste Heeresleitung mit der Drohung des parlamentarischen Skandals zu führen, um den Einfluß der Obersten Heeresleitung lähmzulegen. Im modernen Krieg sind Kriegführung und Politik in besonderem Maße mit einander verknüpft. Der Reichskanzler und die Regierung sind kein Vollzugsauschuß der Reichstagsmehrheit oder gar der Sozialdemokratie, sie haben die verdammte Pflicht, mit der Heeresleitung in allen Fragen Fühlung zu nehmen. Die Rede Scheidemanns entbehrt der Pflicht der Dankbarkeit gegen die Leute, deren Ruf noch klingen wird, wenn die Reden Scheidemanns längst vergessen sind. (Beifall rechts, höhnische Hurraufe links.)

Abg. Dr. Thoma (Natl.): Unsere Feinde wollen keinen Frieden in Ehren. Die Regierung hat an dieser Stelle erklärt, daß Belgien kein Hindernis des Friedens sein soll. Ich frage den Abg. Scheidemann: Was hat uns in diesem Kriege die Wahrheit geholfen? Wenn Scheidemann die Vertreter der Wahrheit nur für seine Partei in Anspruch nimmt, so erhöht er den Vorwurf parteiamtlicher Verlogenheit gegen uns. Das weiß ich zu rüch. Das deutsche Volk ist kein blöder Haufen, der sich so etwas bieten ließe. Unser politisches und militärisches Schicksal ist miteinander verknüpft. Es darf damit kein Gegenlag konstruiert werden.

Abg. Scheidemann (Soz.): Bizekanzler v. Pappe soll in seiner Erwiderung auf meine Rede, die ich leider nicht mit anhören konnte, einen scharfen Ton angeschlagen haben. Dazu habe ich ihm keine Veranlassung gegeben. Ich habe gegen die Oberste Heeresleitung keine Vorwürfe erhoben, deren Begründung nicht jeder von Ihnen kennt. Wer verhindert denn die Auflösung des preussischen Landtages? Wer hindert noch immer im ganzen Deutschen Reich die Belagerungszustand aufrecht, obwohl die Zivilregierung bereit wäre, ihn einzuschränken? Wer verkehrt in der praktischen Ausführung das Schughaftgesetz in sein Gegenteil? Wer hat den Vitauern verboten, nach Berlin zu kommen, nachdem gerade Bizekanzler v. Pappe selbst ihnen zugelegt hatte, daß sie jederzeit kommen könnten? Wer verhindert die Eisen nach Berlin zu kommen, obwohl die Regierung es ihnen erlauben will, damit sie hier darlegen, daß es falsch ist, wenn man uns erzählet, die Eisen und Letten wollten zu Deutschland? Alles dies ist doch das Werk der Obersten Heeresleitung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und wer vor allem hat die Kühlmann-Rede zensuriert? Hat nicht die Oberste Heeresleitung den Vertretern der Presse die Leviten gelesen, die eigentlich Kühlmann galten? Hat nicht die Oberste Heeresleitung verboten, aus der Kühlmann-Rede die Schlüsse zu ziehen, die logisch als möglich waren? Das sind nur ein paar Beispiele, wie ich sie jetzt im Augenblicke aus dem Atemel schäufele. Herr v. Pappe hat gesagt, die Regierung ließe nicht zu ihrem Vergnügen hier. Das habe ich niemals angenommen. Ich habe in meiner Rede ausdrücklich gesagt, daß ich die Herren nicht beneide. Ich bin auch überzeugt, daß die Herren von der Regierung nicht im mindesten daran zweifeln, durch ihre Tätigkeit dem Vaterlande zu dienen. Aber ich mußte eben meine Ueberezeugung aussprechen, daß sie nach unserer Auffassung dem Lande befehle aufzutreten, als bisher seitens der Regierung geschehen. Ich habe von dem, was ich in meiner Rede gesagt habe, nicht einen Satz, nicht ein Wort zurückzunehmen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Ganz ist die Zusammenarbeit notwendig, und wir machen der Regierung und Heeresleitung keinerlei Vorwürfe daraus. Aber gewisse Voraussetzungen müssen dabei erfüllt sein. Vor allem muß volle Klarheit in der Friedensfrage herrschen. (Sehr gut! links.) Graf Westarp hat sich einige mir unverständliche Sätze geleistet. Er hat gemeint, als Kinderheit können wir uns die Demonstration der Statablehnung leisten, aber als Mehrheit brähten wir dadurch das Reich in große Gefahr. Aber wenn wir die Mehrheit hätten, würden wir den Stat ja so gestalten, das er uns gefällig und solche Zustände schaffen, daß gar kein Gedanke an seine Ablehnung sein könnte. (Sehr wahr! links.) Auch meine Forderung über die Fliegerangriffe hat Graf Westarp entstellt. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß es für die verbrochene Ausbungs politik Englands gar kein Wort der Entschuldigung gibt, aber darüber hinaus ist das Bombenwerfen noch völlig sinnlos. Graf Westarp hat behauptet, daß die Arbeiter das Gefühl der Not und Anechtheit hätten. Er hat das Gefühl sicher nicht. (Seiterleut.) Wohl aber die Millionen Arbeiter, die nicht wissen, wovon sie morgen leben sollen, keine Versammlungsfreiheit haben und aus der Presse nicht die Wahrheit erfahren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch Graf Westarp bekennt sich zum Verteidigungskrieg. Aber wer Longau und Brigg und die hundertische Küste haben will, will eben erobern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und wir wollen Klarheit, so die Regierung mit der Vaterlandspartei geht oder gegen sie. Herr Dr. Thoma hat sich gegen die Offenbarung der Wahrheit gewandt. Was wir denn mit der Wahrheit erreicht hätten? Das haben wir denn mit dem Gegenteil erreicht? Vier Jahre Krieg und noch keine Aussicht auf Ende. Und was wir nicht in

sete Friedenspropaganda betrieben hätten, wäre es noch viel schlimmer. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir sollen früher einen Zusammenarbeiten mit der Obersten Heeresleitung auch nicht abgelehnt gewesen sein. Ich stelle fest, daß wir zur Zeit der Debatte über die Friedensresolution einmal von ihr zu einer Klärsprache gebeten wurden und höflich, wie wir von Hause aus sind, (Heiterkeit) dieser Einladung nachgekommen sind. Ich sehe daraus, aus nichts Verwerfliches oder Verbrochenes darin, daß Heeresleitung und Reichsleitung Hand in Hand arbeiten. Nur darf nicht der eine Teil bloß diktieren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir wollen nicht zwischen Heeresleitung und Reichsleitung einen Keil treiben. Wir wollen im Gegenteil gesunde Zustände herbeiführen und das Vertrauen zur Zivilregierung stärken. Die den Keil treiben wollen, das sind die Leute, die im Hotel Wilson zusammengekommen sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir geben uns fortan nicht die größte Mühe festzustellen, wo die Regierung steht. Nichts würde uns größere Freude machen, als wenn sie jetzt offen sagte, entweder: Wir stehen zu den Absoniten oder: Wir stehen zu denen, die die Friedensresolution des 19. Juli gemacht haben. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Herr v. Bayer soll uns nicht glauben machen, daß sich die Zivilregierung von der Obersten Heeresleitung nicht in ihre Befugnisse hineinreden ließe. Die Heeresleitung hat sich in Rußland eine Anstaltungspolitik geleistet, zu der sie kein Recht hat. Von der schwächlichen Friedenspolitik des Brotelles haben wir keinen Einfluß auf das Kriegsende zu erwarten. Das internationale Proletariat muß sich auf seine Machtmittel besinnen, zu ihnen gehört der internationale Klassenstreik. (Bravo b. d. U. Soz.)

Die Generaldebatte wird geschlossen.
In der Spezialdebatte über den Stat des Reichskanzlers wendet sich

Abg. v. Laszowski (Pol.) gegen die Behandlung der östlichen Fremdböller, besonders der Polen.
Der Stat des Reichskanzlers wird genehmigt.
Es folgt der Stat des Auswärtigen Amtes in Verbindung mit der zweiten Beratung der Bukarester Friedensverträge.
Nach dem Berichterstatter spricht

Graf Praschna (J.): Wir brauchen ein starkes Rumänien als Produzent und Abnehmer. Der Frieden muß ein dauerhafter sein. Ueber den Friedensvertrag und seine Entstehung sind Erörterungen gepflogen worden, die direkt als Freiführung der öffentlichen Meinung bezeichnet werden können. Gegenstände zwischen den österreichischen und deutschen Unterhändlern bestanden nicht. Allerdings waren die Verhandlungen langwierig, das lag daran, daß mit keinem festen Programm in sie eingetreten wurde. Ein Wechsel der rumänischen Dumastie hätte uns keinen Vorteil gebracht. Meine Freunde werden dem Friedensvertrag nebst den Zulageverträgen zustimmen. (Beifall i. J.)

Abg. Thoma (Natl.) verlangt energische Bestrafung der an den Greuel gegen die in Rumänien Kriegsgefangenen Schuldigen.
Abg. Dr. Rösche (K.) schlägt sich dem Vordruck an und bebauert, daß Rumänien keine Kriegsschuldigung auferlegt ist. Die Verträge bieten Rumänien große wirtschaftliche Vorteile.
Oberst v. Fransecki: Die Greuel gegen unsere Kriegsgefangenen in Rumänien werden übertrieben dargestellt. Wie sind noch mit der neuen Feststellung beschäftigt.
Ministerialdirektor Riege: Die Angehörigen unserer mitgehandelten Kriegsgefangenen haben durch den Friedensvertrag Entschädigung bekommen; die Schuldigen sind bestraft worden resp. werden noch bestraft werden.
Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.
Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Die Frau und den Esel in Brand gesteckt. In Zornitz Mola bei Kattowitz hat der Hausbesitzer Marweg seine Frau und seinen dreijährigen Esel mit Spiritus übergossen und sie dann angezündet. Beide sind buchstäblich verbrannt. Der Täter ist über die polnische Grenze entflohen.

Drei Menschen vom Blitz erschlagen. Auf dem Felde bei Eimsenhagen im Landkreis Rastatt wurde bei einem schweren Hagelwetter ein auf Urlaub weilender Landsturmann nebst seinen zwei Kindern vom Blitz erschlagen.

Den eigenen Vater ermordet. In Warendorf (Westfalen) hat der Landmann Bernhard Wellerdiesel seinen eigenen Vater ermordet, weil er verurteilt worden war, dem Vater jährlich 700 Mark Rente zu zahlen.

U- und T-Träger für die Küste. So ein Direktor hat es wahrhaft nicht leicht. Kam da vor einigen Tagen bei der Firma A. Schlegel in Pausdorf bei Leipzig eine Riste mit Eisen teilen an. Die Firma verarbeitet nun so große Eisenstücke, daß es bei manchen auffällt, wenn in der Zeit der Speck-Magnete die Eisenträger in kleinen Risten begogen werden. Die Riste wurde aber noch besonders mit Argusaugen bewacht und in einem Schuppen verschlossen. Mittags wurde die Riste wieder auf den Wagen geladen und aus dem Betriebe abtransportiert. Manche Riste mag diesen Weg schon gegangen sein, wie ja auch vom Eilenburger Bahnhof eine ansehnliche Reihe dieser Risten den Weg des Berganglücken gewandert sein sollen. „Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen, und das Unglück schreitet schnell.“ Die Riste sollte in der Wohnung des Herrn Direktors Kottke abgeliefert werden. Leider zeigte hier ein Kriminalschußmann für die Riste ein so lebhaftes Interesse, daß sie nicht abgeliefert werden konnte. Man denke sich in die ferale Lage des Herrn Direktors, der den Inhalt dieser Risten notwendig in seiner Küche braucht, um für den Betrieb sehr notwendige Experimente mit diesen Probelendungen von U- und T-Trägern zu machen, wenn er durch derartige Maßnahmen darüber gehindert wird. Vor einem Vierteljahr wurde eine solche Riste aus Versehen von einigen Arbeitern geöffnet, und hier war nun das Wunder geschehen, daß aus den „Eisenteilen“ inzwischen Mehl und Zucker gemorden war. Würden die Behörden darüber die „Risten“ in allen Betrieben einer Revision unterziehen, so könnten ganz erhebliche Lebensmittelmengen der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Neue Gersteschiebungen aus Bayern. Der in Nürnberg erscheinende „Nordbayerischen Zeitung“ wird geschrieben, daß auch jetzt noch Gersteschiebungen über die bayerische Grenze vorgenommen werden. Aus dem Bezirksamt Dörfenfurt am Main seien von einem Lagerhaufe drei Waggons 1917er Gerste nach dem Saargebiet geschoben worden, und zwar unter der falschen Deklaration von Thomasmehl. Das Thomasmehl aus Bayern nach dem Saargebiet, einem der größten Produktionsgebiete von Thomasmehl geliefert werde, müßte doch von vornherein ungläublich erscheinen. Diese Schiebungen sind um so frecher, als im vorigen Jahre die Defizitfähigkeit wegen der Weizelschiebungen stark beantragt wurde.

Sechs Personen vom Blitz getötet. Im Dorfe Kornitza, Graubünde Sottowa, in Galizien wurden einem Privat-Telegraphen zufolge die Wittisrau Fetz und deren fünf Kinder vom Blitz getötet. Das Wohnhaus wurde gänzlich eingestürzt.

20 Millionen Briefe non und an Kriegsgefangene hat das Kriegsgefangenen-Postbureau in Bern im Monat Mai verarbeitet und weiter geleitet. Dies ist die höchste bisher im Verge erreichte Vertehrzahl.

Die Grippe greift nun auch in England weiter um sich. In Dublin sind 4000 Kinder erkrankt. Hier sind auch Todesfälle zu verzeichnen. — Auch Wien hat eine Reihe Krankheitsfälle zu verzeichnen. Die Grippe ist also international; sie ergreift Freund und Feind.